

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal zzgl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Copplesstraße 10 I, Stuttgart.

Inserate  
pro Spaltige Pettigelle 20 Pf.,  
für Werbungsangehörige 10 Pf.,  
Broschüren in der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 19

Stuttgart, den 11. Mai 1901

17. Jahrgang

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen- und Gauvevollmäch-  
tigten, welche für das erste Quartal l. J. die Ab-  
rechnung noch nicht an die Verbandskasse eingeliefert  
haben, werden ersucht, unverzüglich ihren Ver-  
pflichtungen nachzukommen.
2. Das Mitgliedsbuch Nr. 19827, ausgestellt  
auf den Namen Robert Korth, ist uns als ge-  
sunden übermittelt worden. Wir ersuchen den be-  
treffenden Kollegen, dasselbe bei uns in Empfang  
zu nehmen.
3. Die Zahlstelle Danzig ist aufgehoben,  
Unterstützung kann somit in Danzig nicht mehr be-  
zogen werden.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: A. Dietrich.

## Bekanntmachung der Expedition.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, den § 4  
des Zeitungsreglements einer größeren Aufmerksam-  
keit zu würdigen, wonach etwaige Veränderungen  
im Mitgliederbestande am Anfang des Monats der  
Expedition bekannt zu geben sind, um darnach die  
Anzahl der zu versendenden Exemplare der Zeitung  
zu bestimmen.

In mehreren Zahlstellen wird hiergegen sehr  
gesündigt. So erhielt z. B. eine Zahlstelle mit  
10 Mitgliedern 25, eine mit 28 Mitgliedern 40,  
eine mit 54 sogar 100 Zeitungen u. s. f. Eine  
von uns kürzlich auf Grund des in den Abrech-  
nungen bekannt gegebenen Mitgliederbestandes vor-  
genommene Streichung hatte zur Folge, daß die  
Auflage um 600 Exemplare verringert wurde, was  
im Porto und bei der fortgesetzten Steigerung der  
Papierpreise eine bedeutende Ersparnis verursacht.

Nur Verbandsmitglieder haben einen Anspruch  
auf unentgeltliche Verabfolgung des Verbandsorganes;  
wer es sonst lesen will, mag darauf abonnieren.

## Moderne Buchumschläge.\*

Von Eduard Große.

Die Ausstellungsräume des Buchgewerbehause  
zu Leipzig bilden für Fachleute eine wahre Fundgrube neuer  
Anregungen, sie enthalten ungezählte Vorbilder künst-  
lerischer Buchausstattung. Alles, was für das Buch-  
gewerbe wichtig ist, findet Berücksichtigung, sobald ständige  
Besucher der Buchausstattung stets auf dem Laufenden  
bleiben.

Die neueren Bestrebungen an den verschiedenen Er-  
zeugnissen zu verfolgen, ist lehrreich. In den unteren  
Ausstellungsräumen findet man außer neuesten Ma-  
schinen eine reichhaltige Ausstellung der neuesten Verlags-  
werke, sowohl Bücher wie Kunstwerke. Diese geben ein  
vollständiges Bild der gewerbsmäßigen Massenerzeugung.  
Gibt man eine Treppe höher, so gelangt man in die  
weiten Räume des Buchgewerbehause, wo neben den  
ältesten Pergamentbrüden von seltenem Werte auch  
neuere Erzeugnisse ausgestellt sind, die theils den Einzel-  
zweigen des Buchgewerbes angehören, theils in das

Gebiet des typographischen und lithographischen Kunst-  
drucks, wie auch in das der Kunstbuchbinderei fallen.

Bei einem Gange durch die unteren Ausstellungs-  
räume staunt man zunächst über die rege Thätigkeit  
und Unternehmungslust des deutschen Buchhandels.  
Dann überrascht die Vielfältigkeit, in denen sich tausende  
von Büchern äußerlich darstellen. Umschläge und Ein-  
bände bieten sich dem Auge in der mannigfaltigsten  
Aus schmückung und den verschiedensten Farben dar.  
Besonders zeigen die Umschläge vielfach auffallende und  
fesselnde Titelbilder und Ornamente, aber auch viele  
Leinenbände fallen durch besonderen Gold- und Farben-  
druck auf.

Viele dieser Verzierungen werden nur für Reklame-  
wirkung entworfen, sie sollen auffallen, fesseln, und  
man greift, um dies zu erreichen, oft zu verwegenen  
Mitteln. Der Schmuck der Umschläge und Buchdecken  
hat zwei Gesichter, er steht ebenso im Dienste der  
Reklame wie der Kunst, und es ist für den entwerfenden  
Künstler nicht leicht, beiden gerecht zu werden.

Viele Umschläge beweisen, daß die feine, versteckte  
Reklame sehr gut im Kleide der Kunst auftreten kann.  
Dieselben erfüllen ihren Zweck, möglichst aufzufallen,  
recht gut und sind dabei doch kleine Kunstwerke der  
Buchornamentik. Bei ihnen ist das Auffallende nicht  
ein gefuchtes, absonderliches Motiv, sondern geschickte  
Stilisierung und Formenbehandlung, sowie wohlüber-  
legte Trennung der Hierarchie vom Untergrund.  
Charakteristisch gezeichnete Idealgestalten, gutstilisierte  
Ornamente, herb ausgeführt, wirken oft ebenso auf-  
fallend wie anziehend.

Sie ziehen nicht nur den Blick an, sondern das  
Auge haftet auch gern auf ihnen, es reizt den Beschauer,  
in die Einzelheiten der Hierarchie einzubringen, dabei  
prägt sich unwillkürlich auch der Titel des Buches fester  
ein und bleibt im Gedächtnis.

Umschlagentwürfe, die einzig auf burleske, aufbrin-  
gliche Reklame hin gezeichnet sind, ziehen das Auge  
schnell an, der Beschauer mustert sie, allein damit ist  
es auch gethan. Hat man sie einmal gesehen, so ist  
mit der Neugier auch der Reiz geschwunden. Man geht  
künftig achtlos an ihnen vorüber, und sie verlieren  
schnell ihre Zugkraft. Paart sich mit geschickt berechneter  
Reklame zugleich die Kunst, ist die Titelverzierung nicht  
nur auffallend entworfen, sondern zeigt sie Schönheiten,  
so lockt sie den am Schaufenster Vorübergehenden zu  
näherer Beschäftigung und erinnert ihn dadurch stets an  
das Buch, das den Umschlag trägt.

Kunstvolle Reklame erregt auf buchgewerblichem  
Gebiet mehr Vertrauen, als aufdringliche Marktschreierei.  
Sensationslusternheit im Umschlagbild läßt auf faden  
Inhalt schließen. Mit solchem Köder lockt man den  
geistig Neuen, allein feingeistige Bücherliebhaber stoßt  
man damit ab.

Von Büchern erwartet man, daß ihr Gesicht ihrer  
Seele entspricht. Aus frivolem Außeren schließt man  
sofort auf verwandten Inhalt. Darauf spekulieren viele  
Verleger, sie versehen fabe Nachwerke mit burlesken,  
auffallenden, selbst listernen Umschlagbildern, sie kennen  
ihr Publikum, sie wissen, daß die Dummen nicht alle  
werden, und wie der Marktschreier den Bauer in die  
Zahrmarttschube lockt, so locken sie mit marktschreierischer,  
oft auf schlimme Leidenchaften berechneten Umschlägen  
Käufer für ihre werthlosen Bücher an.

Der Umschlag ist vielfach das Geheimniß des buch-  
händlerischen Erfolgs. Manches traurige Nachwerk, das  
ohne den Umschlag als Makulatur geboren wäre, er-  
langt plötzlich vermöge eines geschickt gezeichneten Um-  
schlags weiteste Verbreitung. Eine Frau in heraus-  
fordernder Stellung, viel Fleisch, wenig Kleider, frivole

Umgebung, das Ganze auffallend bunt gedruckt, in diesen  
Umschlag einige Vogen schlechtes Holzpapier geklebt, das  
mit faden Gedanken bebrudt, und das Glück des Ver-  
legers ist fertig. Er verkauft den Umschlag und giebt  
das Buch zu. Das liebe Publikum aber meint hinter  
dem pikanten Umschlag auch eine verwandte Lektüre zu  
finden, es opfert seine Mark und entdeckt zu spät, daß  
der Umschlag das Beste am Buche war. So machen  
Kleider Leute, und Umschläge machen Bücher.

Solche Reklame bewährt sich allerdings nur bei  
buchhändlerischer Alltagswaare. Solas Werke schätzt der  
gebildete Mann und liebt der Künstler. Stellt ein Ver-  
leger nun zwei Zolaausgaben her, eine mit einfachen  
Umschlägen, die frei von jeder Anstößigkeit sind, die  
andere mit frivolen, sittlich lockeren Umschlagbildern  
geschmückt, so kann jede dieser Ausstattungen für den  
einen Theil gewinnen, für den anderen verlieren.

Ein Verleger kann den ersten und hochstrebenden  
Schriftsteller durch einen unpassenden Umschlag in den  
Augen des Publikums leicht auf einen Gemeinplatz  
herunterdrücken, den er nicht verdient. Daher ist beim  
Entwurf der Umschläge sowohl der Inhalt des Buches  
wie auch der voraussichtliche Käuferkreis zu berücksichtigen.  
Ehrliche Werke verdienen auch künstlerisch ernste Umschläge,  
die in Ideenverbindung mit dem Inhalt stehen sollen.

Die Ornamentik verfügt über einen Formenreich-  
thum, der es leicht gestattet, zeichnerisch jeder Geistes-  
strömung gerecht zu werden und eine Ideenverbindung  
zwischen Buchinhalt und äußerer Verzierung zu erzeugen,  
wie dies mit Erfolg geschehen kann, dafür geben viele  
gelungene Umschläge lehrreiche Beispiele. Neben vielen  
deutschen Verlagswerken, die jener Forderung glücklich  
entsprechen, befindet sich im Buchgewerbehause auch  
eine kleine Ausstellung dänischer Buchumschläge, die  
höchst lehrreich sind und von einer ebenso feinsinnigen  
wie zielbewußten Buchkunst Zeugnis ablegen. An ihnen  
ist alles fein abgemessen, jede Form einfach geliebert  
und alles in den Rahmen der Flächenornamentik be-  
schränkt, Form wie Farbe auf zarte, klare Flachverzierung  
abgestimmt. Dadurch entstehen vornehme, doch fesselnde  
Umschlagverzierungen. Vornehm wirken sie durch die  
klar empfundene Formen- und Farbgebung, auffallend  
durch die Wahl eigenthümlicher Motive, die noch kein  
Gemeingut sind. Diese Formen sind keine Illustrationen,  
sondern nur Linien und Farben, die Stimmung er-  
zeugen, die zurückhaltend den Buchinhalt andeuten.

(Schluß folgt.)

## Die Genossenschaftsbewegung und die Arbeiter.

(Fortsetzung.)

Für das in Deutschland bestehende System der Pro-  
duktivgenossenschaften kann man sich nicht so begeistern,  
weil es immer die Möglichkeit zuläßt, daß sich wieder  
ein Kreis von Interessenten abfondert. Die Berliner  
Produktivgenossenschaften haben ganz erkleckliche Neben-  
schüsse erzielt, die sich auf einen geringen Mitgliederkreis  
vertheilten; es ist aber dabei oft in einer Weise verfahren  
worden, die dem genossenschaftlichen Geiste direkt ins  
Gesicht schlägt. Bei Konsumvereinen mit eigener Pro-  
duktion, wo die Interessen von Konsumenten und Pro-  
duzenten vereinigt und gegeneinander genau abgewogen  
sind, ist etwas Derartiges vollständig ausgeschlossen und  
deshalb ist dieser Vereinigung unter allen Umständen  
der Vorzug zu geben.

Das eigentliche Land der Produktivgenossenschaften  
ist ja Frankreich; aber es ist dort eine Zwergproduktion.  
In England dagegen sind von vornherein Großbetriebe

\* Siehe „Buchbinder-Zeitung“, Nr. 14.

geschaffen worden. Diese sind unter allen Umständen konkurrenzfähig. In einer einzigen Fabrik sind 2500 Arbeiter beschäftigt und wir sehen den Fall, daß die englische Regierung dieser Genossenschaftsfabrik Lieferungen für die Armee übertragen hat. Das würde in Deutschland vor der Hand wohl nicht möglich sein. Aber gut Ding will Weile haben; es kommt auch bei uns noch einmal die Zeit, wo die Regierung über die genossenschaftliche Organisation anders urtheilt als heute. In den Genossenschaftsfabriken ist die achtstündige Arbeitszeit eingeführt; alle gewerkschaftlichen Forderungen sind erfüllt. Das ist auch das wesentlichste Merkmal der gesammten Produktion. Und ich meine, daß man hier wohl sagen kann, damit ist für einen großen Theil der Industrie ein bemerkenswerther Anfang für die Regelung der Produktion gegeben.

Nun will ich hier einschalten, daß ich nicht den Fortschritt aufkommen lassen will, als wäre die genossenschaftliche Organisation der einzige Weg zur Regelung der Produktion. Nein. Ein noch so eifriger Genossenschaftler wird nicht wünschen, daß z. B. die Post, Eisenbahnen und Wasserstraßen durch Genossenschaften verwaltet werden. Hat der Staat diese verschiedenen Theile des Verkehrs in Angriff genommen, so wird auch den Gemeinden eine ganze Reihe berartiger Aufgaben zuweisen sein. Ihnen fällt die Organisation der lokalen Verkehrsmittel, der elektrischen Bahnen u. s. w. zu. Ebenso giebt es noch eine Reihe von Großbetrieben, die der genossenschaftlichen Verwaltung entrückt sind oder bezüglich deren die Möglichkeit, daß sie genossenschaftlich verwaltet werden, noch in weiter Ferne liegt. Von den Eisenbahnen, den großen Werften, den Bergwerken wird jeder wünschen, daß sie vom Staate selbst verwaltet werden.

Nun ist ja mit der Uebernahme der Verwaltung in die Hände der Gemeinde und des Staates an und für sich nicht viel gefehlt, wenn nicht die ganzen Betriebe unter der demokratischen Kontrolle des Volkes stehen. Unter anderen Umständen dürfte das Volk einen erklecklichen Nutzen davon nicht haben. Unter den heutigen Verhältnissen können wir sehr oft das Gegenteil beobachten; in den Staatsbetrieben befinden sich die Arbeiter in einer noch größeren Abhängigkeit, als dies bei privaten Unternehmern in der Regel der Fall ist.

Aber die Zeiten ändern sich ja; es wird die Zeit kommen, wo das Volk seine Meinung sagen kann, wo das Volk selbst im Stande ist, die ganzen Einrichtungen zu kontrollieren und wo auch der Nutzen dem Volke zu Gute kommen wird. Heute wird der Nutzen zu volksfeindlichen Zwecken verwendet.

Ich halte es für recht verkehrt, wenn Einzelne die Genossenschaften als ein Mittel ansehen. Die Uebertreibungen auf diesem Gebiet können der Sache nur schaden. Wir haben in Deutschland eine ganze Zahl von Leuten gehabt, die, nachdem sie auf anderen Gebieten eingesehen haben, daß sie dort Fiasko machten, nun die Genossenschaften als das einzige Mittel gepriesen

haben, durch welches den Arbeitern Vorteile erwachsen könnten. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, daß die Leute nicht mit einer solchen Uebertreibung zu Werke gegangen wären, dann bin ich der Ueberzeugung, daß sich die Genossenschaftsbewegung namentlich unter den fortgeschrittenen Arbeitern mehr Freunde erworben hätte als bisher. Denn daß die Genossenschaftsbewegung ohne die gewerkschaftliche Bewegung zwecklos ist, sollte doch jeder einsehen. Wenn wirklich der Arbeiter durch die Genossenschaft einen materiellen Gewinn von 1,50 Mk. pro Woche hätte und er würde gleich der Mehrzahl seiner Kollegen die gewerkschaftliche Organisation vernachlässigen, so ist es selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft dann auf wirtschaftlichem Gebiet machtlos würde; der Nutzen würde dann wieder in die Taschen der Unternehmer überleitet.

Dieser Fall ist ja noch nicht eingetreten, weder in England noch in Deutschland, und zwar deshalb nicht, weil die Arbeiter klug genug sind, nicht nur in der Genossenschaftsbewegung das Heil zu suchen.

Es könnte sogar dazu führen, daß, wenn die Arbeiter nur genossenschaftlich thätig und leblich darauf bedacht sind, billige Waaren einzukaufen, eine Schädigung der gesammten Interessen der Produzenten eintritt. Der Geist, der in dem Bestreben aufsteht, billig und nochmals billig einzukaufen, ist ein Krämergeist und hat für die Arbeiter eine Schädigung zur Folge. Denn wie die großen Waarenhäuser bereits heute preisdrückend wirken, so würde das auch bei großen Konsumentenorganisationen der Fall sein, wenn nicht andere Interessen gemeinschaftlich zusammenwirken.

Die Vertretung der Produzenten sind die Gewerkschaften. Sie haben deshalb ein großes Interesse daran, die Entwicklung der Konsumentenorganisationen zu verfolgen, vor Allem auch bestimmend auf die weitere Entwicklung einzuwirken. Das können sie aber nur, wenn die organisierten Arbeiter Mitglieder dieser Konsumvereine sind. Wenn sich die fortgeschrittenen Arbeiter fernhalten, wenn sie sagen, die paar Mark Dividende sind uns viel zu kleinlich, es hat weniger Zweck — und es kann gesagt werden, es sind auch sonst noch Gründe vorhanden — wenn sie also einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, dann kann es sich sehr leicht ereignen, daß anstatt einer Förderung eine Schädigung der Arbeiterinteressen eintritt. Wir wissen, daß die Lagerhalter der Genossenschaften sich häufig recht bitter beschwerten über die Zustände in den Konsumvereinen. Ob diese Beschwerden berechtigt sind oder nicht, will ich hier unerörtert lassen. Ich will nur sagen, daß die Konsumvereine auf dem Gebiet der Fürsorge für ihre Angestellten das Beste zu leisten bestrebt sein müssen. Es ist auch sehr natürlich, daß von Seiten der Angestellten an diese Genossenschaften häufig übertriebene Anforderungen gestellt werden; ob dadurch aber die Konkurrenzfähigkeit leidet, darauf wird ebenso häufig keine Rücksicht genommen. Wenn man einen Vergleich zieht zwischen den Leistungen der Genossenschaften im Allgemeinen und den Löhnen und Arbeits-

bedingungen, die in Privatbetrieben der gleichen Art üblich sind, dann stehen die Konsumvereine immer noch an erster Stelle. Das sollte auch anerkannt werden.

Der Krämergeist kann durch den Zusammenschluß überwunden, an seine Stelle die Solidarität gesetzt werden. Allerdings haben wir in Deutschland eine Reihe von Konsumvereinen, die bestrebt sind, recht hohe Dividenden zu bezahlen. Aber es kann diesem Bestreben eine Grenze gesetzt werden. Die Zahlung einer Dividende war bisher das Mittel, die große Masse heranzuziehen; die Dividende hat sich als Reizmittel gezeigt und es ist deshalb nach meinem Dafürhalten auch gar keine Frage, daß ohne eine Dividende ein Konsumverein nicht bestehen kann. Wenn er den Reingewinn lediglich für allgemeine Zwecke opfern wollte, so würde man finden, daß die Zahl der Idealisten, die regelmäßig ihre Einkäufe dort machen und auch die kleinen Unannehmlichkeiten, die damit vielleicht verknüpft sind, ertragen, geringer und geringer werden würde. Ein Nutzen muß vorhanden sein, ein persönlicher und materieller, um eben die Kunden anzuziehen — mag der Nutzen sich nun ausdrücken in billigen Preisen oder in der Dividende.

Wenn man nur Werth auf billige Preise legen wollte, so würde man doch genötigt sein, Dividenden zu zahlen. Ich glaube auch, daß man in letzterer Beziehung des Guten zu viel thun kann, daß man bei der Dividendenzahlung in eine Art Konkurrenz gerathen ist, namentlich in Sachsen. Ein Verein will immer höhere Dividende zahlen als der andere. Gerade in Sachsen sind die idealen Interessen dabei wenig gefördert worden. Ich will das an einigen Zahlen erläutern.

Die im Jahre 1899 im Königreich Sachsen bestehenden 205 Konsumvereine erzielten einen Reingewinn von 5 1/2 Millionen Mark. Von 158 dieser Vereinen zahlten unter 10 Prozent Dividende nur 18 Vereine, von 10—14 Prozent 63 Vereine, 15 Prozent 33 Vereine, 16 Prozent 19 Vereine, 17 Prozent 10, 18 Prozent 6, 19 Prozent 6 und so fort bis 24 Prozent. Hieraus ist ersichtlich, daß in diesen Vereinen die Dividende alleiniger Selbstzweck ist. Man thäte gut daran, die Mitglieder zu gewöhnen, mit einer geringeren Dividende vorlieb zu nehmen. Denn die Konsumvereinsbewegung hat ein weiteres Ziel; es muß auch zu anderen Zwecken ein Theil des Ueberschusses angelegt werden.

Wir haben in Hamburg damit den Anfang gemacht und die Bestimmung getroffen, daß nur die Hälfte des Ueberschusses verteilt werden darf; die andere Hälfte fließt in einen sogenannten Produktionsfonds. Wir können ja noch wenig aus Erfahrung reden, denn unser Verein besteht erst seit anderthalb Jahren. Aber es ist uns doch gelungen, diesem Standpunkt allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Wir haben im ersten Jahre nur 1 Prozent Einkaufsdividende gezahlt und doch um 8000 Mitglieder zugenommen. Es ist eben nothwendig, die Arbeiter von dem höheren Werth der Konsumgenossenschaften zu überzeugen, der namentlich darin besteht, den

### Wider den Arzneiwucher!

Ein Kampf um das Krankengeld.

Zu den gegenwärtigen Konflikten der Krankenkassen mit den Apothekern erscheint ein Artikel höchst aktuell, der vor einiger Zeit in der „Bekleidungsindustrie“ erschien. Es heißt da:

Wer die Entwicklung unserer Krankenversicherung verfolgt, kann eine merkwürdige Beobachtung machen: Die Kassenbeiträge müssen zu einem immer größeren Theile zu Deckungsansprüchen der Aerzte, Apotheker und Spitäler verwendet werden, für den wichtigsten Kassenzweck, das Krankengeld, bleibt stets weniger übrig. Staat, Land und Gemeinde, Aerzte, Apotheker und Leichenbestatter (Pfaffen!) ziehen einen steigenden Nutzen aus den Kassen — und die Mitglieder? Na, die haben das Recht zu zahlen. Wie oft beklagen sie sich über die Geringfügigkeit der Krankenunterstützungen, und wie selten denken sie darüber nach, wer die von ihnen abgebarbten Kreuzer in den Sack schiebt . . .

Vor einigen Tagen hat man eine Kategorie solcher „Mittelser“ in flagrantem erwischt: die Herren Apotheker. Das Wiener Oremium\* hat dem Verband der Genossenschaftstrankenkassen Wiens und der Allgemeinen Arbeiterkranken- und Unterstützungs-kasse den bisher gewährten Preisnachlaß von 25 auf 15 Prozent reduziert und droht, den Rabatt ganz wegzunehmen, wenn — die Klassen sich nicht fügen. Die Vorstände der Klassen fragten sich, ob sie das klüften und kamen zu dem

Resultat, daß es ihre Pflicht sei, das Krankengeld vor den Griffen der Medikamentenwucherer zu schützen. Denn das ist es: Ein Attentat auf die Taschen der Arbeiter, ein Griff nach dem Krankengeld! Von Jahr zu Jahr werden die Medikamente verteuert und die Preise gerade der wichtigsten und gangbarsten Heilmittel in die Höhe gedrückt. Auch die diesjährige Arzneitaxe normirt eine Vertteuerung zahlreicher Artikel und trotzdem — der Appetit kommt nach dem Essen — gehen die Herren Apotheker mit einer Reduktion des Preisnachlasses vor. Sie motiviren dies mit den Forderungen der Kassen; diese Forderungen beschränken sich darauf, daß die Kassen verlangen, nicht unausgeseht übers Ohr gehauen zu werden, daß sie die Rechnungen der Apotheker prüfen und die Zahlung von tarwüdrig verrechneten Medikamenten ablehnen. Allein die Herren Apotheker huldigen nicht dem Grundsatz: „Jedem das Seine!“ Ihr Selbstgeschrei ist: „Uns aber Alles!“

Welcher Wucher von den Apothekern mit den Medikamenten betrieben wird, geht ins Schreckliche. Hier einige Beispiele: Es kosten pro Kilo:

	Im Einkaufspreis	Im Verkaufspreis	Profit in Prozent
Egmin . . . . .	21,50 fl.	70,— fl.	370
Salicylaures Natron . . . . .	3,60 =	20,— =	550
Gestöfener Zucker . . . . .	—,40 =	2,— =	500
Kreosot (rein) . . . . .	8,50 =	20,— =	570
Rhabarberpulver . . . . .	4,80 =	30,— =	625
Speisefoba . . . . .	—,80 =	2,— =	660
Alaun . . . . .	—,24 =	2,— =	830
Uebermangansaures Kali . . . . .	1,15 =	10,— =	870
Zinkoxyd . . . . .	1,20 =	20,— =	1600

Also nur bei diesen wenigen, aber allerdings sehr häufig gebrauchten Artikeln bewegt sich der Profit des Apothekers, den er durch den bloßen Einkauf en gros und durch den Verkauf en detail erzielt, zwischen 370 und 1600 Prozent.

Nicht viel geringer ist der Profit, den die Apotheker bei den fertigen Medikamenten herauszuschlagen. So bezahlt der Apotheker beispielsweise Eisenpillen mit 3 fl. pro Kilogramm, demnach das Stück mit circa einem Zehntelkreuzer. Beim Verkauf hingegen rechnet er das Stück mit einem ganzen Kreuzer\* (bis zu 80 Stück), wozu noch für Fählung und Schachtel 10 kr. kommen. Nehmlich ist es mit den bei Tuberkulose so häufig gebrauchten Kreosotpillen; auch hier beträgt der Zuschlag 300 Prozent.

Der ärgste Wucher aber tritt bei der sogenannten Arbeitstaxe zu Tage. Die Apotheker lassen sich jeden Schritt, jede Handbewegung theuer bezahlen. So muß für das Abwägen eines Artikels bis zu 10 Zentigramm ein Betrag von 2 1/2 kr., bei mehr als 10 Zentigramm mit 1 kr. bezahlt werden. Besteht eine Arznei aus sechs Mitteln, so wird dieser Wägepreis sechsmal berechnet. Das Zählen von Pillen und Pastillen kostet pro Portion 1 kr., jede Abklozung 20 kr., jeder Aufguß 17 1/2 kr., das Abtheilen von Pulvern bis zu zehn Stück 25 kr., die Bereitung einer Salbe 15 kr., eine Lösung 7 1/2 kr., eine Mischung von Pulvern 10 kr., das Be-

\* Der Verfasser hat den Artikel noch in Gulden- und Kreuzerwährung berechnet, trotzdem neuerer Zeit in Oesterreich nach Kronen und Sellern gerechnet wird.

\* Annung der Apothekenbesitzer.

Produzentenorganisationen, welche die Preise einfach diktieren, eine Gegenorganisation entgegenzustellen.

Ich komme damit auf das sächsische Beispiel zurück. In Sachsen besteht ein Ring der Seifenfabrikanten, dessen Druck recht fühlbar ist. Wohl tauchte der Plan auf, durch Gründung einer eigenen Fabrik den Ring zu durchbrechen. Als es aber an die Ausführung ging und sich die Notwendigkeit herausstellte, die Dividende zu kürzen, da war die Begeisterung verfliegen. Hätten die Konsumvereine den Reingewinn von 5 1/2 Millionen nur um 1 Million gekürzt, so wäre es möglich gewesen, damit nicht nur eine Fabrik, sondern eine Reihe von Fabriken zu gründen und damit wäre ein großer Schritt vorwärts gethan worden.

Aber soweit sind wir in Deutschland noch nicht. Es scheint, als ob wir genau so langsam voringen als in England und erst durch die Zentralisation in der Großverkaufsgesellschaft der deutschen Konsumvereine die notwendigen Unterlagen beschaffen müßten. Wenn man heute in Deutschland von den weiteren Zielen der Genossenschaftsbewegung redet, dann stößt man sehr oft auf das alte Argument: das ist ganz schön und gut, das ist wohl in England möglich, aber bei uns in Deutschland giebt es das nicht. Man hat auch hier schon einmal gesagt: ja, die Polizei ist es, die uns einen Strich durch die Rechnung macht. Die Polizei ist ja auch bei den Gewerkschaften als der schwarze Mann hingestellt worden; diese haben sich aber glücklicherweise davon nicht abhalten lassen, ihre Organisationen auszubauen. Wir haben uns allerdings gesagt, daß eventuell bei einer Reaktion bestimmte Gefahren vorhanden sind; aber man konnte sich auch der Erkenntnis nicht verschließen, daß es Wege giebt, um derartigen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Wenn wir uns von der Furcht vor der Polizei hätten befreien lassen, wohin wären wir da gekommen? Wenn die Furcht unsere Maßnahmen bestimmte, dann hätten wir weder auf politischem noch auf gewerkschaftlichem Gebiete etwas erreicht. Je weniger wir uns darum kümmern, je stärker werden wir und desto geringer wird die Gefahr.

Nun, das ist wohl auch mit der Genossenschaftsbewegung der Fall und es ist bekannt, daß in Deutschland zur Zeit die einzelnen Regierungen den Genossenschaften nicht wohl gesinnt sind. Wir wissen, daß man in Sachsen bestrebt gewesen ist, den Konsumvereinen mit der Umsatzsteuer das Lebenslicht auszublasen; ähnliche Veruche sind auch in Preußen gemacht worden. In einzelnen Orten wird beispielsweise auf die Beamten ein Druck dahin ausgeübt, Mitglieder der Konsumvereine nicht zu werden, oder wenn sie es sind, auszutreten. Von jener Seite können also die Genossenschaften eine Förderung nicht erwarten. Das kann uns aber nicht veranlassen, von der guten Sache, die wir vertreten, abzusehen. Im Gegentheil; das kann nur dazu führen, daß wir unsere Kräfte zusammenfassen, eine große Zahl von Leuten für die Genossenschaften zu gewinnen, um auf diese Weise der Gefahr entgegenzuwirken. Bisher

haben alle derartigen Maßnahmen gegen die Genossenschaften auch nur bewirkt, daß sie gestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen sind. In England ist daselbe der Fall gewesen.

Die Konsumvereine brauchen auch die Förderung von oben nicht; sie sind aus eigener Kraft im Stande, sich zu einer festen, gesunden Organisation zu entwickeln. (Schluß folgt.)

Leipziger Brief.

Eehrte Redaktion! Gestatten Sie uns, in diesem Briefe einige Betrachtungen über die Ortsgruppe Leipzig des deutschen Buchbinderbesitzerverbandes anzustellen.

Die Verbandsmitglieder wissen bereits, daß gerade die Leipziger Prinzipale diejenigen sind, welche bisher stänbig versucht haben, die von Gehilfenseite angeführte Einigung über alle strittigen Fragen in die Länge zu ziehen und die Gehilfen durch Maßregelungen müde zu machen. Es bedurfte bei beiderseitigen Meinungsverschiedenheiten immer erst einer unparteiischen Behörde, um den Prinzipalstreifen begreiflich zu machen, daß das Gerechtigkeitsgefühl bei uns Arbeitnehmern stärker ausgeprägt ist als bei vielen unserer dem Buchbinderbesitzerverband angehörigen Arbeitgeber.

So ist denn auch die Schiedsgerichtsfrage am 28. März vor einer unparteiischen Behörde, dem Einigungsamt des Leipziger Gewerbegerichts unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Dr. Wagler, in unserm Sinne erledigt worden. Uns liegt es fern, nun deswegen in die Siegespalme blasen zu wollen, wir waren ja von vornherein überzeugt, daß in den Verhandlungen derart entscheidende werden würde, nur unbegreiflich war es für uns, daß nicht auch unsere Herren Prinzipale sich den Ausgang dieser Sache in der Weise vorgestellt haben:

„Was uns aber bei der Sache vornehmlich interessiert, ist, daß die Herren Prinzipalvertreter bei diesen Verhandlungen des Einigungsamts — wir zitiren nach den Tagesblättern — aufs Neue die Erklärung abgegeben haben: „Sie seien bestrebt, den Tarif strikte durchzuführen.“ Ein solches Bekenntniß ist sehr erfreulich! Doch, wollen die Herren dieses gegebene Versprechen einlösen, so ist es in allererster Linie notwendig, daß man sich in Prinzipalstreifen klar darüber wird, daß Niemand besser im Stande ist, die Durchführung bezw. Einführung des Tarifs zu bewirken als die Arbeitnehmer. Die Gehilfen sind aber bei diesem Beginnen in den Verbandsbuchbindereien mit einer Anzahl Maßregelungen bedacht worden, wodurch der Anschein erweckt wurde, daß sich der Prinzipalverband in erster Linie die Bekämpfung der Tarifverfechter zur Parole gemacht hat. Damit sollen nicht alle Mitglieder des Prinzipalverbandes getroffen werden, denn es giebt eben auch rühmliche Ausnahmen. Aber wenn die Herren Vertreter beim Einigungsamt obige Erklärung abgaben, so besteht für diese auch die verbannte Pflicht und Schuldigkeit, den stänbigen Tarifündern Enders, Barthel

und Buchbinder-Aktiengesellschaft — letztere unter persönlicher Leitung des königlichen Herrn Kommissionsraths Frißsche — ganz gehörig den Marsch zu blasen, ganz unbekümmert darum, daß diese Herren etwa mit dem Austritt aus dem Buchbinderbesitzerverband drohen. Der besser geartete Theil der Herren Prinzipale wäre nicht nur verpflichtet, in dem Buchbinderbesitzerverband für strengste Durchführung des Tarifs zu sorgen, sondern müßte die Gehilfenschaft in ihrem diesbezüglichen Wirken nach Kräften unterstützen. Das Gegentheil ist aber bisher gethan worden seitens der Mehrzahl der Prinzipale und so sind die getroffenen Maßnahmen der Gehilfenschaft hintangehalten, oder zum Theile illusorisch gemacht worden.

Wollen die Herren Prinzipale ihr Versprechen, welches sie öffentlich abgegeben haben, einhalten, so werden sie nicht umhin können, ihr Verbandsstatut in der Weise auszubauen, wie es der deutsche Buchdruckerprinzipalverein in seinen Statuten gethan hat, daß einmal nur solche Mitglieder im Verband aufgenommen werden können, welche den Tarif anerkennen; zweitens wäre ebenso wichtig, zur Durchführung des Tarifs einen Paragraphen zu formuliren, nach welchem „Gehilfen, welche wegen Tarifdifferenzen Kündigung beziehungsweise Maßregelung erfahren haben, im Arbeitsnachweis an erster Stelle Berücksichtigung finden müssen“ — zuerst also Stellen zugewiesen erhalten.

Wie ganz anders bei uns! Das gerade Gegentheil ist der Fall.

Es ist uns klar, daß eine junge Organisation wie die unserer Herren Prinzipale nicht gleich die weitgehendsten Befugnisse erlassen kann, es ist uns aber auch ebenso klar, daß, wenn Vertreter dieser Organisation die strikte Durchführung des Tarifs betonen, man sich darüber klar werden muß, wie es wohl am besten möglich ist, den Starrsinn solcher Sünder zu brechen. Und da meinen wir, solange die Organisation der Prinzipale nicht selbst solche Bestimmungen sich auferlegt, um die Tarifünder vor ihr Forum laden zu können, müßten dieselben eigentlich der Gehilfenschaft dankbar sein, wenn diese alles versucht, um solche Herren an ihre Pflicht zu mahnen. Wenn die Gehilfenschaft bei dem Kampfe für den Tarif ihre Interessen zu wahren sucht, schützt sie gleichzeitig die Interessen der Prinzipale, wenigstens derjenigen, die das ehrliche Bestreben haben, den Tarif hochzuhalten. Und wenn die Gehilfenschaft in dieser Weise nun zunächst für beide Theile die Interessen wahr, so müßte in Prinzipalstreifen auch dahin gewirkt werden, daß unsere Organisation in den Werkstätten gebildet, insbesondere die Vertrauensleute ihres Amtes unbefehligt wälten könnten.

Es dürfte von den Verbandsmitgliedern der Prinzipalorganisation wohl erwartet werden, daß das geschehe; zu unserm Bedauern ist dies jedoch nicht überall der Fall.

Von dem Herrn Enders ist es uns ja begreiflich, daß dieser Herr das Einsammeln von Geldern, Ver-

reiten eines Pfasters 20 Kr. u. s. w. Vom 1. Januar 1899 muß außerdem noch eine sogenannte Dispensationsgebühr von 5 Kr. für jedes Medikament entrichtet werden. Kurz, die Auswucherung des Publikums wird raffiniert, in größtem Maßstabe betrieben!

Das ist aber noch lange nicht Alles. Dazu kommt noch der enorme Preisaufschlag bei den Gefäßen. Gläser, welche dem Apotheker beim Einkauf 2 1/2 Kr. kosten, verkauft er mit 6 Kr., Tiegel, die er zum Selbstkostenpreis mit 3 Kr. pro Stück bezahlte, verrechnet er mit 7 1/2 Kr., Schachteln, die ihn 1 1/2 Kr. kosten, verkauft er um 5 Kr. u. s. w. u. s. w.

So kommt es, daß eine Medizin, die in natura 5 Kr. kostet, in Folge der verschiedenen Zuschläge des Apothekers vom Publikum mit 54 Kr. bezahlt werden muß. — Wir könnten die Beispiele beliebig vermehren; wir glauben aber, daß das bisher Gesagte genügt, um unsere Leser in die Geheimnisse der lateinischen Küche ein wenig einzuweißen. Nicht umsonst heißen die Apotheker im Volksmunde die Neunundneunziger. Und doch nennen sie ihren Gewinn einen „bürgerlichen“! — Apotheken, deren Einrichtung und fundus instructus 5000 fl. kostete, repräsentiren nach kurzer Zeit den zehnfachen Werth und mehr. Es wird ein förmlicher Schacher getrieben! Und wer muß die Wucherzinsen zahlen? Das Publikum, vor Allem die Krankenkassen!

Dieser Benützung der Armen der Armen, der Kranken, muß ein Ende gemacht werden! Die Kassenvorstände müssen, wenn sie sich nicht den Vorwurf zu ziehen wollen, die Interessen der Kassemitglieder vernachlässigt zu haben, sich zur Wehre setzen und den

Kampf um das Krankengeld aufnehmen! Und sie werden ihn führen, mit möglichster Schonung für die Kassemitglieder, mit rücksichtsloser Energie gegen die Medikamentenwucherer! Pflicht der klassenbewußten Arbeiter aber ist es, die Kassenvorstände zu unterstützen und diejenigen, welche noch an das alleinseligmachende Rezept glauben, über die Grenzen der Wirkung unserer medizinischen Heilmittel aufzuklären. Dies ist um so bringender notwendig, als die Apotheker selbstverständlich versuchen werden, die Kassemitglieder gegen die Vorstände aufzuheben.

Nieder mit den Medikamentenwucherern! Und Hand weg vom Krankengeld! Das muß die Parole in unserem Kampfe mit den Apothekern sein.

Man muß nun nicht glauben, daß das nur in Wien passiert, in Deutschland ist das nicht besser, und Millionen von Arbeitern leiden, ohne es zu wissen, unter dem Drucke der Apotheker, denn wir haben eine große Anzahl von Krankenkassen, welche einen hohen Krankenstand haben und nur 13 Wochen Krankengeld zahlen, also die gesetzliche Mindestleistung der Kasse, und wo der ortsübliche Tageslohn auf 2,40 Mk. festgesetzt ist, zahlt die Klasse meistens an den ersten drei Tagen nichts und an den sechs Wochentagen pro Tag 1,20 Mk., das macht die Woche 7,20 Mk., wahrlich, für den Kranken, welcher guter Pflege bedarf, und für seine Familie eine winzige Summe. Millionen von Markt werden jährlich an den Apotheker von den Krankenkassen bezahlt, welche bei einigermaßen gutem Willen der Krankenkassenvorstände, sowie der Mitglieder vermieden werden könnte durch Zusammenfluß aller

Krankenkassen zu Ortsverbänden und Errichtung eigener Apotheken. In den Apotheken bezahlt der Millionär für ein Rezept so viel wie der Bettler, doch der Arzt erhält von dem Bettler meist nichts und von einem Millionär oft sehr viel für seine Kunst.

Was Krankenkassen und Kranke an Apotheken für ein Rezept zahlen müssen und wie billig sie selbst sich das herstellen können, dabon ein Beispiel.

Die Mixtur, welche den Kranken bei Husten, Lungenleiden u. s. w. von den Ärzten sehr viel verschrieben wird, und welche im Volksmund Lakritzentrwasser genannt wird, besteht aus folgenden Bestandtheilen:

Table with 2 columns: Ingredient name and quantity. Includes Desfiliertes Wasser (180 Gramm), Lakritzengrupp (15), Salmiak pulverisirt (5), Morphinum (0,08).

Der Apotheker liquidirt nach der Arzneitaxe:

Table with 2 columns: Description and price. Includes Eine 200-Gr.-Flasche nebst Signatur und Pfropfen (20 Pf.), Vier Wägungen à 8 Pf. (12), Zwei Salzlösungen (eine wird nur berechnet) (20), Desfiliertes Wasser (5), Lakritzengrupp je 5 Gramm à 8 Pf. (15), Morphinum (5), Summa 77 Pf.

Für Krankenkassen nach unten abgerundet als Rabatt 75 Pf., Privatkranke bezahlen nach oben abgerundet 80 Pf., für 35 bis 40 Pf. kann gut und gern 1 Liter dieses Gebräues hergestellt werden.

theilen der Zeitung u. s. w. verbietet, aber wenn sich Firmen wie Knauer und Brodhaus dazu verstehen, das Gleiche zu thun, so sind wir einigermaßen erstaunt darüber.

Die Unterzeichneten wären voll befriedigt mit der Bepreßung dieser Mißbilligkeiten, wenn die Prinzipale dadurch die Nothwendigkeit einsehen würden, der Gesellschaft mehr Entgegenkommen zu zeigen, als es leider bisher, seit der Einführung des neuen Tarifs, geschehen ist.

Die Wacht an der Pleiße.

### Zur Beitragsfrage.

In Nr. 16 unserer Zeitung behandelt ein Kollege in dem Aufsatz „Ein Beitrag zur Extrasteuerfrage“ die Beitragshöhe und empfiehlt die Umwandlung der Extrasteuer durch Urabstimmung in den ständigen Beitrag von 45 Pf. für männliche und Belassung des alten Satzes von 15 Pf. für weibliche Mitglieder.

Nach der Unterschrift zu schließen, kennt der Kollege die Verhältnisse der kleineren Städte nicht, oder er verkennt dieselben. In seinen Ausführungen will er den Kollegen der kleineren Städte ebenfalls die Vortheile der Tarifgemeinschaft theilhaftig werden lassen.

Das wird — dies verkennt kein einsichtiger Kollege — ein sehr schwerer Kampf werden, da die Organisation dort noch nicht so weit vorgeschritten ist, als es zu wünschen wäre. Dazu kommt, daß im Falle eines Streiks die Meister mit Hilfe von Streikbrechern und Lehrlingen die nothwendigste Arbeit herstellen können, was in den Großbetrieben nicht so leicht möglich ist.

Der Hauptfaktor zur Eringung besserer Arbeitsverhältnisse in den kleineren Städten ist nicht nur das Geld, sondern die Zahl der Organisirten. Von dieser Erkenntnis ausgehend, ist wohl auch der Beschluß des letzten Verbandstages gefaßt worden, durch Vermehrung der Gaue die Agitation in den kleineren Städten intensiver betreiben zu können; hoffentlich verwirklichen die Gautage diesen Gedanken, indem sie durch ihre Beschlüsse die Agitation und Organisation in den kleineren Städten fördern helfen. In den kleineren Städten, wo noch Löhne von 12 bis 16 Mk. gezahlt werden, ist es schwer mit hohen Beiträgen zu agitieren. Wo im vergangenen Jahre nach der Aussperrung die Agitation eingeseht hatte, erlähmte sie mit der Bekanntgabe der Extrasteuer. An die Opposition der Berliner Kollegen sei hier erinnert. Auch dort war es nicht allein die Oppositionslust, welche dieselben bewog, die Ausschreibung der Extrasteuer zu bekämpfen. Der gegenwärtige Stand der Kasse ist durchaus befriedigend zu nennen, er wird mit Abschluß des zweiten Quartals wahrscheinlich die Höhe erreicht haben, die vor der Lohnbewegung vorhanden war.

Sollte der Gedanke, schon jetzt durch Urabstimmung die Beiträge zu normiren, verwirklicht werden, dann, Kollegen in der Provinz, erwäge genau die Konsequenzen, ob ihr mit diesen Beiträgen erfolgreich agitieren könnt, und machet die Erhöhung der Beiträge nicht von Verbesserung unserer Unterstützungsrichtungen abhängig; überlaßt dieses einer späteren Zeit.

B.

E. K.

### Es wird erreicht,

daß die bisher erhobene Extrasteuer in Gestalt eines wöchentlichen Beitrags von 45 Pf. beibehalten wird, wenn die Mitglieder allgemein dieselbe Ansicht hierüber gewonnen haben, wie die Schreiber der Artikel in Nr. 16 („Ein Beitrag zur Extrasteuerfrage“) und in Nr. 17 („Unsere nächsten Aufgaben“) der „Buchbinder-Zeitung“.

In den Ausführungen derselben werden die verschiedensten Beweise in überzeugender Weise kargelegt, daß jeder Einzelne sich von der Nothwendigkeit der Erhöhung des Beitrags belehren lassen mußte.

Verfasser schreibt in Nr. 16, „daß der Sturm wegen der Extrasteuer sich längst gelegt, die Minorität sich willig gefügt habe“. Ueber diese Willigkeit ließe sich doch streiten. Ob aber diese Willigkeit bei einer ständigen Erhöhung auch vorhanden sein wird, das bleibt jetzt noch eine offene Frage.

Nun haben aber diese Unwilligen nach des Verfassers eigener Ansicht nur aus eckelster und innerster Ueberzeugung gehandelt, als sie gegen die Extrasteuer Front machten, sie haben also auch nur das Beste des Verbandes gewollt. Jedenfalls aber waren Viele von ihnen der Ansicht, daß bei einem geringen Beitrag bedeutend leichter die Kollegen zu bewegen sind, dem Verband beizutreten, als es im umgekehrten Falle möglich ist.

Im Interesse und zum Nutzen Aller ist es, doch möglichst alle Kollegen der Organisation zuzuführen. Ob dieses Ziel nun durch Erhöhung des Beitrags leichter zu erreichen ist — das bleiben Ansichten.

Meine Ueberzeugung bleibt, daß die Organisation gerade durch die Zahl der Mitglieder die Macht und Kraft besitzt, Forderungen, die für die Bessergestaltung der allgemeinen Lebenslage gestellt werden, am ersten Geltung zu verschaffen. Diese Aufgabe wird erschwert, wenn viele Kollegen dem Verband fernbleiben, die zu meist an dem zu hohen Beitrag Anstoß nehmen; außerdem aber bewirkt eine vermehrte Mitgliederzahl einen größeren Kassenbestand und folglich auch eine größere Widerstandskraft.

In dem Artikel in Nr. 17 wird als Hauptgrund zur Festsetzung des höheren Beitrags das wöchentlich zweimalige Erscheinen der Zeitung angeführt. Hierzu möchte ich erwidern, daß doch auch ein zweimaliges Erscheinen der Zeitung nicht ausschließt, daß die Berichte bei der Herausgabe derselben veraltet sind; Verfasser selbst schreibt sehr richtig, daß bei einer Bewegung, wie der letzten, die Situation sich fortwährend ändert, folglich müßte, um auf der Höhe der Situation zu bleiben, die Zeitung täglich erscheinen. Es ist doch wohl Pflicht eines jeden Kollegen bei einer Lohnbewegung (wo hauptsächlich das öftere Erscheinen der Zeitung von Werth wäre), in den betreffenden Versammlungen sich selbst zu orientiren, abgesehen davon, daß in den Tages- resp. Parteiblättern in kürzester Frist die genauesten Berichte zu lesen sind.

Daher verträgt sich der Kostenpunkt, den ein zwei Mal wöchentliches Erscheinen der Zeitung nach sich ziehen würde, wohl nicht so ganz mit dem wirklich praktischen Werth.

Um den Raum des Blattes nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, gehe ich auf beiderseitige Unterstützungsvorschläge vorläufig nicht näher ein, jedenfalls ziehe ich eine starke Kampforganisation alle Zeit einer Unterstützungsorganisation vor, die doch nur zu sehr die Arbeiter über ihr ermüdetes Dasein hinwegtäuschen hilft; doch auch das sind — Ansichten.

Zum Schluß füge ich bei, daß wenn die Erhöhung des Beitrags angenommen wird, nach der nächsten Lohnbewegung selbstverständlich wieder eine Extrasteuer erhoben wird und ebenso selbstverständlich dann Gründe vorhanden sein werden, die zur abermaligen Erhöhung des Beitrags herhalten müssen, daher fort mit der Extrasteuer!

C. K.

### Zum Antrag der Zahlstelle Karlsruhe.

In Nr. 17 der Zeitung wurde vom Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle der von Karlsruhe gestellte Antrag auf Abhaltung eines Gautags begründet. Thatsächlich ist es nothwendig, daß ein solcher in unserem Gau abgehalten wird und zwar schleunigst. Am Sonntag den 28. April tagten in aller Stille hier die badischen Buchbinderbesitzer, welche die Gründung eines Verbandes beschloßen und die Statuten desselben bereits festgestellt haben. Der Zweck der Vereinigung ist uns noch nicht bekannt, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wie immer bei solchen Gelegenheiten, die Absicht besteht, der Lage der Gehilfen keine Verbesserung gestattet zu wollen. In den Fabrikantenkreisen scheint man nicht gerade hoher Meinung über unseren Verband zu sein und unseren Bestrebungen nicht das nöthige Verständnis entgegenzubringen. So sollen die Vertreter aus Pforzheim bei ihrer Rückfahrt von der Konferenz den nicht mit Erfolg beendeten Streit unserer dortigen Kollegen sehr humoristisch besprochen haben.

Auch von Karlsruhe hören wir nichts Gutes. Die Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$  Stunden soll zwar beibehalten werden, aber auf einen Minimallohn wollen sie nicht mehr eingehen und Jedem bezahlen, was er verdient.

Kollegen des 15. Gau's und speziell in Baden, die Abhaltung eines Gautags ist aber nicht allein deshalb nothwendig, sondern um auch die Agitation zu fördern und einheitlich zu regeln. Arbeit ist genug vorhanden. Die Tarifkommission der Zahlstelle Karlsruhe hat ihre Arbeit in vollem Umfang aufgenommen und wird dem Gautag den Entwurf eines Tarifs nach den Grundlagen des deutschen Buchbinder tariffs zur Begutachtung vorlegen. — Darum, Kollegen, befaßt euch mit dem Antrag der Zahlstelle Karlsruhe und stimmt ihm zu, denn wir sind durch die Verhältnisse gezwungen, einen Gautag abzuhalten.

Vogel.

### Zum Apothekerstreit in Berlin.

Bekanntlich ist zwischen den Krankenkassen und den Apothekenbesthern in Berlin ein erster Streit ausgebrochen, der voraussichtlich einen sehr hartnäckigen Kampf zwischen beiden Parteien nach sich ziehen wird. Die Vertreter der Kassen verlangten von den Apothekern einen entsprechenden Rabatt, der den Kassen in anderen Städten bis zu 25 Prozent anstandslos gewährt wird.

Wie berechtigt dieses Verlangen ist, zeigen am besten die hohen Ausgaben der Krankenkassen für Arznei- und Heilmittel, gegenüber dem kolossalen Profit der Apotheker. Den hohen Verdienst der Apothekenbesitzer, der im Volksmund sprichwörtlich geworden ist, kann man am besten dadurch abschätzen, wenn man den Wucher kennt, der beim Verkauf von Apotheken immer stärker hervortritt. Kolossale Summen werden dafür bezahlt, und da diese wieder herausgeschlagen werden sollen, so müssen gerade diejenigen Menschen, die durch Krankheit vom Schicksal verfolgt werden und das Mitleid aller, noch nicht ganz gefühllos gewordener Menschen in Anspruch nehmen, die reiche Goldgrube darstellen, aus welcher diese Herren ihren Reichthum unbarmherzig herauspressen. Schon seit langer Zeit wissen die Verstände der Kassen ein Lieb zu singen von den großen Kosten, die die Verordnungen von Arznei den Kassen bereitet.

In Berlin ist es nunmehr zum offenen Konflikt gekommen. Unterhandlungen führten zu keinem Ziele, da die Apotheker die Bewahrung jeglichen Rabatts rundweg ablehnten; es blieb den Kassen daher nichts anderes übrig, als zu einem scharfen Mittel zu greifen: zum Boykott. Die Vertretung der vereinigten Kassen: die Zentralkommission, bestimmte einige sechzig Apotheken, bei welchen gekauft werden soll, ob dieselben den Rabatt bewilligen oder nicht; alle anderen sind streng zu meiden. Eine Liste der Apotheken, bei welchen gekauft werden kann, ist auf dem Bureau jeder Kasse zu haben.

Leider ist noch ein Uebelstand vorhanden, der geeignet ist, eine kleine Verwirrung herbeizuführen. Der Zweck dieser Listen soll es deshalb sein, hier etwa's Aufklärung zu verschaffen.

In Berlin hat jedes Gewerbe eine, oft auch mehrere Kassen, Orts-, Innungs-, Betriebs- und freie Hilfskassen. Hierdurch ist naturgemäß eine große Anzahl von Kassen entstanden, die sich wieder zu besonderen Gruppen vereinigt haben, um bei Verträgen mit Ärzten, Apothekern, Lieferanten u. s. w. ihre Interessen wahrnehmen zu können. Eine dieser Gruppen bildet den Gewerkrankenverein, zu welcher auch die Ortskrankenkasse der Buchbinder gehört.

Von dieser Gruppe ist es versäumt worden, die Vereinbarung mit den Apothekern rechtzeitig zu kündigen; sie kann deshalb erst am 1. Januar 1902 sich mit voller Macht dem Boykott anschließen. Wir wollen hier nicht die Gründe kritisiren, warum die Kündigung nicht erfolgt ist; das ist jetzt auch nebensächlich. Wir haben hauptsächlich mit der Thatfache zu rechnen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen, soweit sie der Ortskasse angehören, verpflichtet sind, den Bestimmungen und Beschlüssen des Gewerkrankenvereins Folge zu leisten.

Aber hier ist für uns noch eine Nothwendigkeit offen gelassen! Wir können unsere Arznei aus jeder beliebigen Apotheke kaufen und es ist wohl nicht zu viel verlangt von unseren Mitgliedern, wenn wir sie auffordern, nunmehr ihre Rezepte nur in den Apotheken anfertigen zu lassen, die von der Zentralkommission empfohlen werden. Das gilt für die zu besorgenden Heilmittel und Medizin nicht nur der eigenen Person, sondern auch für ihre Angehörigen. Dadurch wird der Fesler — wenn man es so nennen will — wieder ausgeglichen und wir unterstützen eine von der Berliner Arbeiterschaft gutgebilligte Sache. Besonders haben die organisirten Kollegen und Kolleginnen streng darauf zu achten, daß dieser Beschluß genau durchgeführt wird, damit die Apothekenbesitzer den Boykott bald empfindlich merken.

Eine Liste der freien Apotheken ist auch jedem Arbeitgeber zugestellt, damit in allen Betrieben genau darauf geachtet werden kann. Mit den Drogerien ist ein Abkommen getroffen worden, wonach viele Heilmittel, die bisher von den Apotheken bezogen wurden, von diesen entnommen werden, mit Ausschluß der Rezepturwaaren, die nur von staatlich privilegierten Apotheken verkauft werden dürfen. Den Droguisten will man deshalb die Lieferanten abspenstig machen, um sie so zum Anschluß an die Apotheken zu zwingen. Von Wichtigkeit ist, daß die Kassenärzte auf Seiten der Krankenkassen stehen. Wegen die Mitglieder und Interessenten der Krankenkassen durch strikte Durchführung des Boykotts dafür

forgen, daß die Beiträge nicht dazu verwendet werden, einer Anzahl von Apothekern zu ungeantem Reichthum zu verhelfen, sondern daß sie den erkrankten Mitgliedern zu Gute kommen.  
Bernh. Josf.

**Korrespondenzen.**

**Ueber die Firma Jakob Weinmann, Portefeuillefabrik in Erlangen, ist die Sperre verhängt.**

**Zuzug nach Kottbus fernhalten!**

**Hamburg.** Am 20. April fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Stellungnahme zur Maifeier; 3. Wahl der Delegirten in das Gewerkschaftskartell und der graphischen Kommission; 4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Im ersten Quartal fanden 6 Mitgliederversammlungen und 1 Generalversammlung statt, ferner 8 Vorstandssitzungen. Außerdem war der Vorstand in zwei von der graphischen Kommission anberaumten kombinierten Sitzungen und in derselben Sache in einer Sitzung mit der Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells, in welcher diverse Interessenfragen der graphischen Berufsorganisation zum Ausdruck gebracht wurden. Vorträge fanden zwei statt und zwar der erste am 12. Januar von Genosse Munde über: „Dristrankenklassen oder freie Hilfsklassen?“ Das Referat gipfelte darin, daß es im Interesse aller Arbeiter liegt, sammt und sonders in die Dristrankenklasse einzutreten, das Vorurtheil gegen dieselben abzulegen, die vorhandenen Mängel beseitigen zu helfen und aus den bisherigen Hilfsklassen Zuzugsklassen zu bilden. Dem sehr ausführlichen und recht zutreffenden Referat wurde reichlich Beifall zu Theil. — Der zweite Vortrag, welcher am 23. Februar stattfand, wurde von Herrn Lauffötter gehalten. Derselbe behandelte das Thema: „Henrik Ibsen und die modernen Schriftsteller der Gegenwart.“ An dieses Thema schloß sich eine von Seiten der Kollegen anregende Debatte an, welche davon zeugte, daß auch Arbeiter sich erlauben können, über Kunst und Dichtung ein gesundes und zutreffendes Urtheil zu fällen. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Für das laufende Jahr wurden folgende Verhängungen geplant: die am 16. Juni stattfindende Dampftour nach Fallenthal, das im Oktober stattfindende Stiftungsfest bei Tütze, ferner das übliche Weihnachtstfest im Logenhaus. Im Uebrigen beschäftigte sich der Vorstand mit der Auarbeitung und Einichtung der Verbandsstatistik für die Zahlstelle Hamburg. Das Resultat soll gleichzeitig mit einem Jahresbericht unter sämtlichen Verfolgengenossen am Orte verbreitet werden.

Der Höchstbetrag der Lokalunterstützung ist vom 1. Mai ab für männliche Mitglieder mit 52 am Orte geleisteten Wochenbeiträgen bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit pro Tag 50 Pf. bis zu Höchstsomme von 14 Mk. Mitglieder, die 104 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten 50 Pf. pro Tag bis zur Höchstsomme von 21 Mk. Weibliche Mitglieder mit 52 Wochenbeiträgen erhalten bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit pro Tag 30 Pf. bis zur Höchstsomme von 8,40 Mk. Dieselben zahlen keinen Lokalbeitrag. Wenn Abwesen eines Mitglieds wird eine würdige Vertretung gestellt und zur Ehrung resp. Grab schmückung werden 10 Mk. an die Hinterbliebenen verabfolgt. Ausgesteuerte, zugereifte Kollegen erhalten nach 52wöchentlicher Beitragsleistung 1 Mk., bei 104 Wochen 2 Mk., bei 150 Wochen 3 Mk. Unterstützung. Jeder Zugereifte erhält eine Schlafmarke im Werthe von 75 Pf. Zur Aufrüstung unserer Mitglieder wurden 400 Exemplare „Merkbüchlein“ von Lipinski gratis zur Vertheilung gebracht. Ebenfalls auf Kosten der Lokalkasse kommen noch weitere 150 Broschüren, nämlich Legien, „Gewerkschaftsbewegung“, Auer, „Von Whyben bis Gotth“, und v. Elm, „Genossenschaftsbewegung“, zur Vertheilung.

Eine Neuerung in der Tagesordnung unserer Mitgliederversammlungen, nämlich die Erlebigung sachlicher, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Fragen nebst Diskussion, hat sehr anregend gewirkt und schon wesentliche Verbesserungen unserer internen Institutionen herbeigeführt. Nach Abschluß des ersten Quartals weist unsere Zahlstelle folgende Mitgliederbewegung auf: Mitgliederbestand am vierten Quartal vorigen Jahres männliche 287; eingetreten männliche 10, zugereift 24; weibliche 91, eingetreten 20; Abgang: männliche ausgetreten 4, ausgeschlossen nach § 14 a 15, abgereift 14; weibliche ausgetreten 14, ausgeschlossen nach § 14 a 4. Demnach männliche 288, weibliche 93, zusammen 381 Mitglieder. Der Kassenbestand ist kurz folgender: Verbandskasse:

Einnahme 1411,25 Mk., Ausgabe 1249,47 Mk., Bestand 286,26 Mk. Lokalkasse: Einnahme inkl. Kassenbestand 625,03 Mk., Ausgabe 886,74 Mk.; mithin ein Defizit von 261,68 Mk. Der Arbeitsnachweis wurde im 1. Quartal von 97 Mitgliedern in Anspruch genommen, von 81 Stellenangeboten wurden 61 befehlt. Die Zahl der Arbeitslosentage betrug in diesem Quartal 1087. Bei dem nächsten Punkte, Stellungnahme zur Maifeier, entspann sich eine lebhafte Debatte; von einer Theilnehmung wurde abgesehen, da die meisten Kollegen sich an diesem Tage doch nicht frei machen können. Ebenfalls abgelehnt wurde die Maßsteuer. Viel zu einer solchen Verflüchtigung mögen die Angelegenheiten in Nürnberg und anderen Orten beigetragen haben. Weiter folgt die Wahl von zwei Kartelldelegirten. Gewählt sind die Kollegen Dorf und Wiese, als Ersatzmänner Grimm und Hundt. Dieselben sind gleichzeitig auch Delegirte der graphischen Kommission. Dann fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erlebigung.

**Berlin.** Am Mittwoch den 24. April tagte im „Englischen Garten“ eine öffentliche Kartonnarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kartonnarbeiterinnen zur Konkurrenz der neuen Maschinen? 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Referentin Frä. Iba Altman besprach die stetig fortschreitende Entwicklung der Maschinenteknik und die Stellungnahme der Arbeiter zu derselben. Von der unsinnigen Ansicht, die die Arbeiter beim ersten Auftauchen der Maschinen besaßen, diese der großen Konkurrenz wegen zu beseitigen, zu zerstören, sei man vollständig abgekommen. Der Arbeiter weiß heute, daß sie ihm zum Segen gereichen, durch Zusammenschluß in den Organisationen und Erkaufung kürzerer Arbeitszeit suche er diese Konkurrenz auszugleichen. Dem Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde, folgte eine längere Diskussion.

Kollege Haberstroß äußerte sich in dem Sinne, daß die Arbeiterinnen viel mehr ausgebeutet würden, als die Arbeiter, aus dem einfachen Grunde, weil sie so wenig organisiert seien. Löhne von 4, 5, 6 Mk., wie sie in den Kartonnfabriken noch sehr oft vorkämen, seien doch thatsächlich höhnisprechend für die heutigen Verhältnisse.

Im selben Sinne sprachen noch verschiedene Kollegen und Kolleginnen mit Ausnahme der Kollegin Frau Winkler, welche die Maschine als dem Arbeiter seine Interessen schädigend betrachtete. Kollegin Frau Haberstroß wies besonders darauf hin, daß es von den bestbezahlten Arbeiterinnen in erster Linie Pflicht sei, sich der Organisation anzuschließen, um den anderen Arbeiterinnen in dieser Weise mit einem guten Beispiel voranzugehen.

Unter Werkstattangelegenheiten wurde festgestellt, daß in verschiedenen Fabriken, wie bei Hädel, Boy und auch bei Wunderlich des Sonnabends weit über die gesetzlich festgesetzte Zeit gearbeitet würde.

Bei der Firma Grunow hatte der Werkstattvertrauensmann vor kurzer Zeit sein Amt plötzlich niedergelegt, was zur Folge hatte, daß viele Kollegen und Kolleginnen mit ihren Beiträgen zurückblieben. Es wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht ist, wenn ein Vertrauensmann sein Amt aufgibt, vorher eine Werkstattbesprechung einzuberufen, in der dann ein neuer gewählt würde.

Zum Schluß macht Kollege Thielemann die Kolleginnen auf die im Verbandsstatut festgelegten Rechte, welche jedes einzelne Mitglied zu verlangen hat, aufmerksam.

Mit einem Appell an die Kolleginnen und Kollegen, immer weiter für die Organisation zu arbeiten, schloß Kollege Siegfried die Versammlung.

**Berlin.** Die Zahlstelle Berlin hielt am 1. Mai, Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, eine von circa 650 Personen besuchte öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Dieselbe wurde von Kollegen Bergmann in der „Resourcée“, Kommandantenstr. 57, mit folgender Tagesordnung eröffnet: „Der 1. Mai“, Referent Genosse Adolf Hoffmann; Diskussion; Verschiedenes.

In bekannter Weise, in einer mit Satire und Humor gespickten Rede erlebte sich der Referent seiner Aufgabe, oft durch lebhafte Zustimmung der Versammlung unterbrochen.

Nachdem von einer Diskussion über den Vortrag Abstand genommen worden war, verlas Kollege Bergmann die von der Gewerkschaftskommission empfohlene Resolution, die auch einstimmig Annahme fand.

Zum Schluß spricht Bergmann die Hoffnung aus, daß es bald dahin kommen möge, daß wir nicht mehr fragen brauchen, ob wir den ersten Mai feiern dürfen oder nicht.

Allen Anwesenden ist es zur Pflicht gemacht, für die Organisation ihres Berufes zu agitieren, und, so weit dies nicht geschehen ist, sich auch politisch zu organisieren. Auch ist es notwendig, mehr als bisher für die Verbreitung der Arbeiterpresse, in diesem Falle den „Vorwärts“, zu sorgen, da diese allein die Arbeiterinteressen voll und ganz zu wahren weiß. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**Dessau.** Unsere erste Generalversammlung fand am 22. April mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Unterstützungsauszahlung; 3. Verschiedenes.

Nach Verlesung des Protokolls gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Danach fanden im ersten Quartal eine öffentliche und 7 Mitgliederversammlungen statt. Bei der Gründung zählte die Zahlstelle 14 und am Schluß des Quartals 21 Mitglieder. — Hierauf verlas der Kassier den Kassenbericht. Daraus ergibt sich für die Verbandskasse eine Einnahme von 109,90 Mk., nach Stuttgart wurden gesandt 75,96 Mk., am Orte behalten 17 Mk. Auf Antrag wurde dem Kassier Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt unserer Tagesordnung wurde beschlossen, daß von jetzt ab Unterstützung am Orte ausbezahlt werden soll und zwar Mittags von 12—1 Uhr und Abends (außer Sonntags) von 7—8 Uhr. Von der Gewährung einer lokalen Unterstützung wurde vorläufig noch abgesehen. Sodann wurde ein Antrag, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, abgelehnt und beschlossen, eine Mitgliederversammlung am 4. Mai anzuberäumen, in welcher der Gauvorsitzende Kollege Herzberg sprechen wird. Außerdem stellte Kollege Döring den Artikel in der „Buchbinderzeitung“ Nr. 16 „Ein Beitrag zur Ertragssteuerfrage“ zur Diskussion. Nach einer regen Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Zahlstelle Dessau anerkennt sehr wohl, daß unser Verband nur durch hohe Beiträge vorwärts kommen kann, doch hält sie den Zeitpunkt des jetzigen wirtschaftlichen Niedergangs und der Geschäftslahmheit für ungeeignet zur höchsten Beitragsleistung.“

Zuletzt bringt Kollege Feistel zum Vorschlag, einen Ausflug zu planen; es wurde dazu der kommende Sonntag bestimmt. Anwesend waren 15 Mitglieder.

**Dortmund.** Am 20. April hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Geschäfts- und Kassenbericht. Wahl eines Revisors. Wahl eines Bezirksbevollmächtigten. Verschiedenes. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Im verfloffenen Quartal fanden 1 Generalversammlung und 4 Mitgliederversammlungen statt.

Der Kassenbericht des Kollegen Blüntges ist wie folgt: Einnahme 325,76 Mk., Ausgabe 270,30 Mk.; Lokalkasse: Einnahme 148,04 Mk., Ausgabe 51,94 Mk., mithin Bestand 96,10 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt. Als Revisor und Bezirksbevollmächtigter wurde Kollege Mäns gewünscht.

Unter Verschiedenem wurde die Maifeier besprochen und beschlossen, dieselbe Abends durch gemüthliches Zusammensein zu feiern.

Im Uebrigen wäre ein regerer Versammlungsbesuch zu empfehlen, damit man nicht immer die alten Gesichter sieht; es ist nicht damit abgethan, nur die Beiträge zu bezahlen, es muß auch etwas geleistet werden.

**Bielefeld.** Unsere Zahlstelle hielt am 28. April ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Kollege Ritter, wie folgt: Im abgelautenen ersten Quartal fanden drei Mitgliederversammlungen, eine Generalversammlung, sowie eine außerordentliche Generalversammlung statt. Der Besuch war im Allgemeinen ein schlechter, trotz Annoncen und Zirkulare. In einer dieser Versammlungen hielt Kollege M. aus Leipzig einen interessanten Vortrag über: „Die heutige Entwicklung der Maschinenteknik in unserem Gewerbe.“ Der Vorstand erlebte in vier Sitzungen seine Geschäfte.

Der Mitgliederstand, welcher am 1. Januar 76 zählte, hat um 18 abgenommen. Zugereift und neu aufgenommen sind 6, dagegen abgereift 7, ausgetreten 3 und wegen restirender Beiträge gestrichen 14. Die Letzteren waren im Beitragszahlen schon immer kummelig und muß einmal reine Bahn gemacht werden. Somit verblieben am Schluß des Quartals 58 Mitglieder.

Der Bericht des Kassiers, Kollegen Fischer, ist folgender: Verbandskasse: Einnahmen 314,60 Mk., Ausgaben 103,86 Mk., an die Verbandskasse wurden abgesandt 210,74 Mk.; Lokalkasse: Einnahmen 49,38 Mk., Bestand vom vorigen Quartal 149,05 Mk., Ausgaben

100,20 Mk., bleibt Bestand am 1. April 98,23 Mk. Aus der Lokalkasse wurden unter Anderem den streitenden Glasarbeitern in Wienburg 20 Mk. bewilligt. Außerdem wurde an drei Kollegen 24 Mk. Krankenunterstützung gezahlt, sowie 10 Mk. für Umzug. Dem Kassier wurde für ordnungsmäßige Buch- und Kassenführung Decharge erteilt. Unserer Bibliothek wurden 18 Bücher entliehen. Hierauf wurden zwei Anträge nach kurzer Debatte durch Annahme erledigt. Der erste besagt, daß die Lokalunterstützung bei Krankheitsfällen erst nach 26-wöchentlicher, und selbige bei Arbeitslosigkeit nach 52-wöchentlicher Zugehörigkeit zu unserer Zastelle bei zweijähriger Verbandsmitgliedschaft gewährt wird.

Nach dem zweiten Antrag wurden am 1. Mai höhere Sätze an alle Unterstützungsberechtigten gezahlt. Sodann wurde, worüber schon in letzter Versammlung beraten wurde, beschlossen, daß von den auswärtigen Kollegen einer freiwillig den Gautag besuchen will, von hier aus einen Delegierten zu entsenden, hierzu wurde Kollege Butenuth gewählt. Ferner wurden in die Agitationskommission Kollege Karl Müller und in die Rechtschutzkommission Kollege Heitmeyer, sowie als Revisor Kollege Vertenbusch gewählt.

Unter Verschiedenem wurde über die Regelung des Minimallohns diskutiert, womit sich schon die letzte Versammlung beschäftigt hatte. Es wurde der Beschluß gefaßt, denselben auf 20 Mk. festzusetzen und allen Prinzipalen dies schriftlich mitzutheilen. An allen Kollegen und besonders an den Zureisenden liegt es nun, uns hierin zu unterstützen, indem Keiner unter 20 Mk. Wochenlohn nach Bielefeld hin Stellung annimmt.

Zum Schluß wurden die Geschäfte, welche für die hiesige Partei Arbeiten liefern, einer Kritik unterzogen, und da man Uebelstände zu finden glaubt, eine dreigliedrige Kommission zur Untersuchung dieses gewählt.

**Esberfeld.** Unsere am 27. April stattgehabte Generalversammlung hatte zur Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Verschiedenes. Aus dem Geschäftsbericht, welchen Kollege Hallepape gab, entnehmen wir, daß 1 Generalversammlung, 5 Mitgliederversammlungen und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Der Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals war 35, davon wurde ein Mitglied gestrichen und einer reifte ab, mithin bleibt ein Mitgliederbestand von 33. Kollege Arndt gab den Kassenbericht: Verbandskasse: Einnahme 237,73 Mk., Ausgabe 176,29 Mk., Bestand 61,44 Mk., Lokalkasse: Einnahme 149,99 Mk., Ausgabe 63,09 Mk., Bestand 86,90 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt.

Nachdem unter Verschiedenem eine Einladung zum Solinger Stiftungsfest besprochen worden war, machte der Vorsitzende auf einen eingegangenen Prospekt des Marmorlehrers Hauptmann aufmerksam, und ersuchte die Kollegen, welche genommen sind einen Kurzus mitzumachen, sich zu melden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich rege an der Maiseier zu beteiligen.

**Solingen-Wald.** Unsere Generalversammlung vom 27. April 1901 wurde von Kollege Bruns mit folgender Tagesordnung eröffnet: Bericht vom Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften, Quartals- und Kassenbericht, Maiseier und Verschiedenes.

Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Bericht vom letzten Quartal. Es fanden 4 Mitglieder- und 1 Generalversammlung statt. Der Mitgliederbestand war bis auf 25 zusammengeschmolzen. Kollege Bruns bebauert, daß trotz rastloser Agitation die Zastelle so weit retour gegangen ist.

Für eine gute Unterhaltung sorgte die Verwaltung durch Veranstaltung eines Wintervergügens, welches allen Theilnehmern in steter Erinnerung bleiben wird.

Hierauf gab der Kassier den Kassenbericht. Es wurden im verflossenen Quartal eingenommen für die Verbandskasse 208,13 Mk., die Ausgaben betragen 137,13 Mk., mithin blieb Bestand 74 Mk. Der Bestand der Lokalkasse ist 96,57 Mk. Die Maiseier betreffend wurde bemerkt, daß man von einer geschlossenen Feier Abstand genommen habe, jedoch sollte Jeder nach Möglichkeit an der allgemeinen Feier teilnehmen. Hierauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Duisburg-Muhrort.** In unserer Generalversammlung vom 5. Mai wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: Die Zastelle Duisburg-Muhrort stellt den Antrag, den wöchentlichen Beitrag von 45 Pf. beizubehalten. Sie ist ganz entschieden gegen einen ungewissen Lokalzuschlag, jede Zastelle soll den gleichen Lokalzuschlag erheben.

**Köln.** Am 4. Mai hielt die hiesige Zastelle ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Geschäfts-, Kassen- und Bibliotheksbericht, Wahl eines zweiten Schriftführers, Anregung, eine Witwen- und Waisenunterstützungskasse zu gründen, Verschiedenes.

Dem vom Vorsitzenden Kollegen Sauerbeck gegebenen Geschäftsbericht entnehmen wir: Der Mitgliederbestand am Schluß des vierten Quartals betrug 66, neu eingetretene 2, zugereist 2, gestrichen nach § 14 a 7, abgereist 7, bleibt ein Bestand von 52 Mitgliedern. Es fanden statt: 1 General-, 1 außerordentliche General-, 5 Mitgliederversammlungen und 7 Vorstandssitzungen. Die Versammlungen im vorigen Quartal waren, trotz der wichtigen Tagesordnungen, sehr schlecht besucht. In einer Versammlung hatten wir einen Vortrag mit dem Thema „Die Entstehung der Werkzeuge“. Das Referat hatte Genosse Hofrichter übernommen; anschließend an den Vortrag besprach Referent noch die bevorstehende Gewerbegerichts Wahl. — Da der erste Kassier nicht anwesend war, gab den Kassenbericht der zweite Kassier Reigel. Der Kassenbestand des letzten Quartals betrug 17,26 Mk., Einnahmen 293,36 Mk., Ausgaben 94,06 Mk., bleibt ein Bestand von 199,30 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. — Den Bibliotheksbericht gab Kollege Hartwig, da der Bibliothekar nicht anwesend war; aus demselben geht hervor, daß die Bibliothek sehr wenig in Anspruch genommen worden ist. Hierauf wurde Kollege Ertres zum zweiten Schriftführer gewählt.

Eine Witwen- und Waisenunterstützung einzuführen, bespricht Kollege Kaiser. Er wünscht von Köln aus den Antrag zu stellen, die Beitragshöhe auf der jetzigen Stufe zu lassen und die Ertraststeuer von 10 Pf. eventuell dazu zu verwenden, die Witwen und Waisen der verstorbenen Mitglieder, welche 5 Jahre dem Verband angehört, mit einem Betrag von 1000 Mk. zu unterstützen. Genosse Hengsbach, der als Gast anwesend war, führte aus, daß der Gedanke zwar sehr schön sei, aber bei genauer Untersuchung nicht gut durchführbar, da der Betrag von 1000 Mk. zu hoch gegriffen sei. Hierauf ändert Kollege Kaiser seine Ausführungen dahin ab, daß die Mitgliedsdauer auf 10 Jahre erhöht werden könne. Kollege Sauerbeck stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die Sache in die Hand nimmt und Material sammelt. Der Antrag wurde angenommen und die Kollegen Kaiser, Niesen und Sauerbeck in die Kommission gewählt.

Unter Verschiedenem theilt Kollege Sauerbeck mit, daß die Zastelle Köln zu dem zweiten Stiftungsfest nach Solingen eingeladen worden sei, er bittet die Kollegen, sich rege daran zu beteiligen.

**Frankfurt a. M.** Am 29. April hielten wir unsere erste vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht des Kollegen Biermann zeigt, daß wir von einem Fortschritt unserer Zastelle nicht berichten können, vielmehr einen Rückgang zu verzeichnen haben. Nachdem 10 Mitglieder zugereist, 5 eingetreten, 7 abgereist, 2 ausgetreten sind und 11 wegen Resten gestrichen wurden, verbleibt am Schluß des 1. Quartals ein Bestand von 83 Mitgliedern gegen 90 am Schluß des 4. Quartals 1900. Versammlungen fanden statt: 5 Mitgliederversammlungen, eine General- und eine öffentliche Versammlung mit durchweg schwachem Besuch. In drei Versammlungen fanden Vorträge statt. Zu bedauern ist noch die große Interessenlosigkeit der meisten Kollegen in letzter Zeit. Jede Agitation ruht, der Versammlungsbesuch ist ein derart schlechter, daß, wenn das so weiter geht, wir wohl im nächsten Quartal einen noch stärkeren Rückgang zu verzeichnen haben. Möge es daher Pflicht eines jeden Kollegen sein, für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren, wie auch für Gewinnung neuer Mitglieder Sorge zu tragen. Der Kassenbericht des Kollegen Mattheis zeigt, daß eine Einnahme der Verbandskasse von 399,95 Mk. erzielt wurde. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 132,42 Mk., so daß 267,53 Mk. an die Zentralkasse abgesandt werden konnten.

Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 130,58 Mk., die Ausgabe 44,65 Mk. Mithin bleibt ein Bestand von 85,93 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier für gute Kassenführung Decharge erteilt.

Dem Bericht des Arbeitsnachweisers ist zu entnehmen, daß von 19 gemeldeten Stellen 11 besetzt wurden und von 18 sich arbeitslos meldenden Kollegen 11 Stelle erhielten. Zum Führer des Arbeitsnachweisers für das nächste Halbjahr wurde Kollege Engel gewählt, da Kollege Metz eine Wiederwahl ablehnte. Die Bibliothek wurde von 15 Kollegen benutzt, welche insgesamt 39 Bücher entliehen.

Des Weiteren gab Kollege Schaumberg einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit des Ausschusses für Volksvorlesungen seit seines zehnjährigen Bestehens, er fügte hinzu, daß leider die Gewerkschaften der Sache viel zu wenig Interesse entgegenbrächten, weshalb es noch nicht das ist, was es sein sollte. Kollege Schaumberg lehnte eine Wiederwahl ab und wurde in Folge dessen Kollege Cittel als Delegirter zum Ausschuss für Volksvorlesungen gewählt.

Nach Erledigung einiger unbedeutenden Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Wir machen die Mitglieder nochmals auf den § 14 a des Statuts aufmerksam, wonach kein Mitglied länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand bleiben darf, wenn es nicht seiner Rechte verlustig gehen will.

**Mannheim.** Unsere Generalversammlung vom 27. April hatte folgende Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Delegirtenbericht, Ergänzungswahlen, Verschiedenes.

Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Göbe, darnach ist der Mitgliederbestand wie folgt: Eingetretene 5, vom Ausland übergetreten 1, zugereist 9, ausgeschlossen 1, abgereist 20, zum Gau übergetreten 39 Mitglieder. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 46.

Der Kassenbericht wurde von Kollege Wehner erstattet und ergab folgendes Resultat: Verbandskasse: Einnahmen 382,75 Mk., Ausgaben 178,72 Mk.; nach Stuttgart gesandt 204,03 Mk. Lokalkasse: Bestand vom vorigen Quartal 115,83 Mk., Einnahmen 84,47 Mk., Summa 200,30 Mk. Ausgaben 52,02 Mk. Bleibt Bestand 148,28 Mk. Beide Berichte wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Delegirtenwahl, erhielt Kollege Wagner das Wort und umfaßte der Bericht folgende vier Punkte: 1. Maiseier, 2. Antrag der Arbeitnehmer der Ortskrankenkasse Mannheim I, 3. Gewerkschaftshaus, 4. Herbergfond. Betreff Maiseier führte Kollege Wagner aus, daß durch die Verhinderung des Reichstagsabgeordneten Ehrhardt Arbeitersekretär Raizenstein das Referat übernehmen würde. — Des Weiteren gab Nebner bekannt, daß vom Vorsitzenden Keller der Ortskrankenkasse Mannheim I der Antrag gestellt wurde, daß wegen allzustark in Anspruch genommener Thätigkeit der Kontrolleure eine strengere Kontrolle unmöglich würde. — Ueber das Gewerkschaftshaus berichtet Kollege Wagner, daß die Eröffnung schon bereits stattgefunden hätte und daselbe den Namen führe: Gewerkschaftshaus „Weißes Lamm“, H. 1, 4. Ferner berichtet der Nebner, daß das Kartell die Beschlüsse des Statuts endgültig angenommen hätte. Sodann wurden die Ergänzungswahlen zum Vorstand vorgenommen. Kollege Dorn ist wegen Krankheit genöthigt, sein Amt als Schriftführer niederzulegen, und wurde an seine Stelle Kollege Hent gewählt. Zum Besitzer wurde an Stelle des abreisenden Kollegen Weiner Kollege Fischer gewählt. Zu Reiseunterstützungsauszahlern wurden die Kollegen Berger, Huber und Ricks gewählt; auch wurde beschlossen, von jetzt ab die Unterstützung im Gewerkschaftshaus zum „Weißes Lamm“, H. 1, 4, durch vorgenannte drei Kollegen abwechselungsweise stattfinden zu lassen.

Unter Verschiedenem wurde die Anregung, die „Buchbinder-Zeitung“ zwei Mal wöchentlich erscheinen zu lassen, längere Zeit besprochen. Die Debatte endigte mit dem Resultat, darüber erst die größeren Zastellen ihre Meinung kundwerden zu lassen. — Es erfolgte hierauf Schluß der leider schlecht besuchten Versammlung.

**Erlangen.** Am 29. April hielt die hiesige Zastelle ihre Generalversammlung ab. Dieselbe wurde vom Kollegen Feske eröffnet mit nachfolgender Tagesordnung: Kartellberichte, Bericht über die Firma Wendler & Weinmann, Portfeuillefabrik, Inhaber J. Weinmann, unsere Stellungnahme zu der in letzter Nummer der „Buchbinderzeitung“ angeregten ständigen Erhöhung der Beiträge auf 45 Pf., sowie zweimaligem Erscheinen der Zeitung, Verschiedenes.

Die Kartellberichte wurden ohne größere Debatte erledigt. Ueber die Differenzen bei Weinmann berichtete Kollege Hafensrichter. Die Schilberung der standstilligen Vorgänge bei dieser Firma erregten theilweise die größte Heiterkeit, theilweise die tiefste Entrüstung der Anwesenden. Die Sperrung wird aufrecht erhalten, um so den Eintritt tüchtiger, wirklich leistungsfähiger Arbeitskräfte in diesen „Musterbetrieb“ zu verhindern. Der frühere Theilhaber dieses Geschäfts, Wendler, theilte mit, daß er in Folge der standstilligen Vorgänge (die hier alle anzuführen der Raum zu klein ist) auch seinen Namen von dem Geschäft zurückgezogen hat und so jetzt gar

nichts mehr mit der herü—hinter Firma zu thun hat. Die Firma heißt demzufolge jetzt Jakob Weinmann, Portefeuliefabrik, was der Kollegenschaft hiermit zur Kenntnis gebracht sei.

In Betreff der Beitragsfrage wird vorgeschlagen, für eine Erhöhung der Beiträge auf 45 Pf. für männliche Mitglieder einzutreten, jedoch für weibliche Mitglieder den Beitrag auf 10 Pf. herabzusetzen. In diesem Falle aber den Lokaltassen von den 10 Pf. keine Prozente zu gewähren; den einzelnen Zahlstellen soll es überlassen bleiben, ob sie einen Lokaltzuschlag für weibliche Mitglieder erheben wollen. Der Vorschlag wurde eingehend begründet und namentlich betont, daß unter den weiblichen Mitgliedern dann eine erfolgreichere Agitation möglich sei. Auch würden die Kosten von 15 000 Mk. (? D. M.) für ein zweimaliges Erscheinen der Zeitung, das ein Bedürfnis sei, gedeckt. In diesem Falle müßten die Zahlstellen 25 Prozent für die Lokaltasse erhalten, wodurch die Ausgaben für Zeitungsabstragen gedeckt, sowie auch der Lokalfonds gestärkt würde. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, bei der zum Ausdruck kam, daß die Mehrzahl der Anwesenden einem Zehnpfennigbeitrag für weibliche Mitglieder sehr sympathisch gegenübersteht, was wohl in vielen Zahlstellen der Fall sein dürfte; für männliche Mitglieder könnte der Beitrag höchstens 40 Pf. betragen, sonst würden die kleinen Zahlstellen zu Grunde gehen. Bei der Abstimmung erklärten sich zwei Drittel gegen eine Erhöhung der Beiträge. Zum Schlusse der Debatte wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich doch die kleinen Zahlstellen über diesen Punkt in den Spalten der Zeitung ausprechen möchten, beziehungsweise Vorschläge machen sollten.

Unter Verschiedenem wurden einige Kleinigkeiten erledigt und die Mitglieder aufgefordert, doch das Vereinslokal etwas fleißiger zu besuchen, da doch unser neuer Vereinswirt Alles aufwendet, um den Aufenthalt in seiner Wirthechaft zu einem angenehmen zu machen. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, jederzeit sowohl ihrer Rechte als auch besonders ihrer Pflichten als Arbeiter eingedenk zu sein, da man ja gerade an treuer Pflüchtenerfüllung den organisierten Arbeiter von anderen unterscheiden lernen solle, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit der Aufforderung, auch fernerhin die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen.

**München.** Am 27. April hielt die hiesige Zahlstelle ihre Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Geschäfts- und Kassenbericht, Wahl eines Gewerkschaftsdelegierten und eines Beisizers, Verschiedenes.

Der Vorsitzende giebt den Geschäftsbericht. Letzterem ist zu entnehmen: Im letzten Quartal fanden statt 1 General- und 6 Mitgliederversammlungen, ferner 6 Ausschusssitzungen. Der Versammlungsbesuch kann als ein guter bezeichnet werden. Der Mitgliederbestand war zu Beginn des Quartals 189 männliche, zugereist 16, eingetreten 7, ausgetreten 5, gestorben 1, gestrichen 6, abgereist 20, bleibt ein Bestand von 180 männlichen Mitgliedern. Bestand der weiblichen 50, eingetreten 7, ausgetreten 1, gestrichen 9, bleibt ein Bestand von 47 weiblichen Mitgliedern. Hierauf giebt der Kassier den Kassenbericht: Einnahme der Verbandkasse 1129,05 Mk., Ausgaben 378,51 Mk., an die Verbandkasse wurden abgeandt 750,54 Mk.; die Einnahmen der Lokaltasse inkl. Kassenbestand 1016,44 Mk., Ausgaben 238,64 Mk., somit jetziger Kassenbestand 776,80 Mk. Hierauf erfolgte die Abrechnung von der Joseffseier, bei welcher ein Defizit von 15,60 Mk. zu verzeichnen ist. Die Revisoren bestätigen den richtigen Bestand der Kasse und Belege und wird demgemäß der Kassier entlastet. Hierauf wurde der Kollege Kienle als Gewerkschaftsdelegierter und als Beisizer Kollege Riebel gewählt.

Unter Verschiedenem kam unter einigen Bekanntmachungen lokaler Natur auch die Extrasteuer zur Sprache. Es fand hierüber eine lebhafte Debatte statt, bei welcher sich die meisten Kollegen scharf gegen die Vorschläge der Wacht an der Pleiße aussprachen und verlangten, den 35 Pfennig-Beitrag wieder einzuführen.

**Bundschau.**

\* Der Schweizerische Buchbinderverband hielt im April seinen 8. Verbandstag in Basel ab. Anwesend waren aus Bern 3, Zürich 3, St. Gallen 3, Winterthur 1, Herisau 1, Lausanne 1, Luzern 1, Genf 1, Biel 1 und Basel 1 Delegirter. Außerdem der Zentralvorsitzende und -kassier. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist ersichtlich, daß innerhalb 2 Jahren die Sektionen sich von 10 auf 11, die Mitglieder von 450 auf 550 vermehrt haben. Der Kassenbestand bezieht

sich auf 1572,73 Mk. Streiks wurden geführt in St. Gallen, Herisau, Einsiedeln, Genf und Feldmühle Porfchach. Die Gegenseitigkeit mit unserem Verband wurde noch nachträglich durch den Verbandstag mit 13 Stimmen gegen 2 genehmigt. Um der Organisation bei Lohnbewegungen einen größeren Rückhalt zu geben, wird der Anschluß derselben an den Gewerkschaftsbund beschloffen. Einige vorliegende Anträge bezwecken die Umänderung des Fachorgans. Von einigen Seiten wird auf die Mängel desselben hingewiesen, von Bern aus wurde sogar die Aufhebung des Verbandsorgans befürwortet, welcher Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, angenommen wurde; definitiv darüber bestimmt aber erst eine Urabstimmung, da laut Statut nur Abstimmungen Gültigkeit haben, die eine zwei Drittel Majorität erzielen. Das gleiche Schicksal theilt ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Referent zu diesem Antrag suchte an der Hand rechnerischer Ausführungen nachzuweisen, daß bei einer Beitragserhöhung um 10 Cts. eine Arbeitslosenunterstützung möglich wäre. Der Antrag wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Sektion Zürich wurde mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Reglements betraut. Die Verbandsbeiträge werden von 10 auf 20 Cts. erhöht. Nach einigen Statutenänderungen wurde die Ausarbeitung eines Gehilfenstatuts diskutiert, im Laufe der Diskussion aber vom Antragsteller selbst der Antrag zurückgezogen und beschloffen, die örtlichen Minimallohne im Organ zu veröffentlichen. Jede Sektion wurde laut Beschluß verpflichtet, je ein Exemplar der „Arbeiterstimme“ und der „Deutschen Buchbinder-Zeitung“ zu halten. Als Vorort der Verbandsleitung wurde St. Gallen wieder bestimmt.

\* Einen Gesellenausschuss nach dem Herzen der Innungsmeister besitzt die Chemnitzer Buchbinderinnung. Dieser Ausschuss, aus fünf Personen bestehend, ist im letzten Jahre nicht ein einziges Mal zu einer Sitzung zusammengetreten! In diese Zeit fällt noch dazu die Lohnbewegung, die seitens der organisierten Gehilfen eingeleitet worden war. Eine absonderliche Vertretung der Gehilfenschaft! Kürzlich fand Neuwahl dieser Körperschaft statt. Der bisherige Angehelle, der jedenfalls das Unwürdige dieser Stellung eingesehen hatte, war nicht erschienen; schriftlich zeigte er an, daß er eine Wiederwahl ablehne. Die anwesenden 11 Gehilfen hatten freie Bege. Das kann sich die Innung schon leisten.

\* **Waarenhaus-Gesangbücher.** Bekanntlich ist auf Betreiben der Berliner Buchbinderinnung gegen einen Abtheilungschef des Jandorfischen Waarenhauses Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes erhoben worden, die zur Freisprechung des Angeklagten führte. Die von der Innung eingelegte Berufung gegen das Urtheil des Schöffengerichtes hatte bei der letzten stattgefundenen Verhandlung vor dem Landgericht den Erfolg, daß der Angeklagte zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt wurde. Der Sachverhalt ist noch Jedermann bekannt. Das Waarenhaus Jandorf hatte im „Berliner Lokalanzeiger“ Gesangbücher in Lederdecken zum Preise von 1,10 Mk. anoncirt. Für den Fachmann war es sofort ersichtlich, daß für diesen Preis einen Lederband zu liefern unmöglich ist. Dem Vorsitzenden der Innung wurde im Jandorfischen Geschäft ein solches Gesangbuch als Lederband verkauft. Der Innung soll dann 400, wie jetzt verlautet sogar 1000 Mk. Schweigegehd geboten worden sein, wenn sie von einer Anzeige Abstand nehme. Sie that dies aber nicht, sondern hat die Sache sogar noch weiter verfolgt, nach erfolgter Freisprechung des Abtheilungschefs. Unsere ehrbaren Handwerksmeister sind mit dem Ausgang dieses Prozesses noch nicht befriedigt, ihnen ist die Strafe zu niedrig, sie glauben durch diesen Fall neues Material für den Kampf gegen die Waarenhäuser zu haben und da ihre bisherigen Bemühungen ohne Erfolg waren, rufen sie jetzt nach schärferen Mitteln, sie wollen die Lieferanten der Waarenhäuser boykottiren. Der Erfolg wäre auch in diesem Falle natürlich sehr zweifelhaft. Uns scheint, daß die Herren in dieser Sache etwas zu eifrig sind. Wohl ist es im Interesse des Publikums gelegen, dieses durch unlaute Inzerate vor Betrug zu schützen und soweit die Innung in diesem Falle hierfür besorgt war, ist ihr Handeln nur lobend anzuerkennen. Durch Bekanntwerden dieser Jandorfischen Geschäftsmanipulation war das Geschäft in den Augen des Publikums gerichtet, zumal durch Anbieten der nicht unbeträchtlichen Summe als Schweigegehd der Ansicht erweckt wurde, daß die Firma sich schuldbehaftet fühlte. Wolte man die Sache aber mit so äußerster Konsequenz führen, wie hier im vorliegenden Falle, so könnte mancher kleine Ladenbesitzer Gefahr laufen, wegen

unlauteren Wettbewerbes sich vor Gericht verantworten zu müssen, denn die vielen billigen Galanterieartikel, die oft in den Auslagen als „echt Leder“ angepriesen werden, entpuppten sich bei näherer Betrachtung als Imitation, als Papier. Bei vielen, äußerst gut gelungenen Lederimitationen ist es selbst dem Fachmann manchmal schwer, im fertigen Artikel Leder von Papier zu unterscheiden.

\* Die Leipziger Buchdrucker und die Maifeier. Zu dem höchst absonderlichen, von kleintlichen Motiven geleiteten Beschluß der Leipziger Buchdrucker bemerkt das „Correspondenzblatt“ sehr zutreffend:

Eine Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen vom 17. April hat es abgelehnt, den 1. Mai durch eine mit entsprechender Tagesordnung abzuhaltende Versammlung zu feiern. Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ berichtet darüber wie folgt:

„Ein Antrag, den konditionslosen Kollegen wie in früheren Jahren auch in diesem Jahre zur Maifeier eine Extraunterstützung zu Theil werden zu lassen, erregte ebenfalls eine lange Debatte, wobei es sich hauptsächlich um den weiteren Antrag handelte, am 1. Mai Abends eine Versammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Nach den jüngsten Leipziger Vorgängen und nach der Werthschätzung, die wir in den maßgebenden Kreisen genießen, welche die Träger und Veranstalter des Weltfeiertags sind, war es kein Wunder, daß die Versammlung es mit großer Mehrheit ablehnte, diese Konzession an die „Genossen“ zu machen.“

Wir halten diesen Beschluß für eine bedauerliche Verirrung, da die Bedeutung der Maidemonstration durch die bekannten „Leipziger Vorgänge“ nicht im Mindesten berührt wird und es der Leipziger Buchdruckerchaft unbenommen blieb, eine Demonstrationsversammlung oder Festeier für ihre Berufsgenossen zu veranstalten. Der Konflikt mit der Mehrheit der Leipziger Gewerkschaften war jedenfalls kein Hinderniß, so lange sich die Buchdrucker einzig mit der Gewerkschaftsbewegung außerhalb Leipzigs wissen. Noch bedauerlicher aber ist die Begründung dieses Beschlusses, wonach die seitens der für die Veranstaltung des Weltfeiertags maßgebenden Kreise den Buchdruckern entgegengebrachte Werthschätzung diesen Beschluß erkläre. Wenn schon der Verfasser dieses Berichtes sich bemüht, den Beschluß zu verteidigen, so hätte er dies wahrlich in verständiger und würdiger Weise thun können. Gegenüber dieser Begründung erachten wir es als unsere Pflicht, daran zu erinnern, daß zu den Trägern und Veranstaltern des „Weltfeiertags“ nicht bloß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern auch die gesammten deutschen Gewerkschaften zählen, und daß diese sich nicht nur Jahr für Jahr an dieser Demonstration beteiligen, sondern an derselben auch festhalten werden. Die Schlusswendung, daß eine Maidemonstration der Leipziger Buchdrucker als eine „Konzession an die „Genossen““ aufzufassen sei, erscheint uns als geschmacklose Stilprobe.

Es wäre bedauerlich, wenn die organisierten Buchdrucker Leipzigs sich auch diese Begründung zu eigen machten. Wir haben nie gegögert, für die organisierten Buchdrucker einzutreten, sobald sie ihre Rechte verteidigten gegen Angriffe, von welcher Seite sie auch kamen. Wir werden aber ebenso entschieden alle Angriffe auf die Prinzipien und Beschlüsse der modernen Gewerkschaftsbewegung abwehren.

\* **Aussperrungen wegen der Maifeier** haben in vielen Orten stattgefunden. In Berlin sollen etwa 6000, in Leipzig 350, in Dresden 280, in Hamburg 200 Arbeiter von der Aussperrung betroffen sein. Aus vielen anderen Städten fehlen die Zahlenangaben.

**Soziale Rechtspflege.**

Ueber einen Fall von Rentenqueckschätzung entnehmen wir der „Papier-Str.“: Der Arbeiterin F. wurde vor einiger Zeit in einer Kartonmagazinfabrik das Endglied des rechten Zeigefingers durch die Diegemaschine abgequetscht. Die ihr für diesen Unfall zuletzt gewährte Rente von 10 Prozent der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit wurde durch Beschleib der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft später eingestellt. Das Schiedsgericht bestätigte den Einstellungsbescheid. In dem rechtzeitig eingelegten Rekurs machte die Klägerin geltend, daß sie gelernte Putzmacherin sei und durch die Verstümmelung des rechten Zeigefingers zu den in diesem Erwerbszweig notwendigen feinen Arbeiten unfähig, aber auch bei sonstigen Handarbeiten und wirtschaftlichen Verrichtungen erheblich behindert sei, sie beantrage daher Wiedergewährung der eingestellten Rente. Die Genossenschaft beantragte

Zurückweisung des Rekurses. Diefem Antrag ist aus folgenden Gründen stattgegeben worden: Das Reichsverwaltungsamt hat sich auf Grund des Gutachtens des Dr. R. und des Augenscheins der Auffassung des Schiedsgerichtes angeschlossen, daß die Klägerin durch den Verlust des Nagelglieds ihres rechten Zeigefingers nicht mehr in nennenswerther Weise in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Allerdings mag sie zu feineren Näh- oder Putzarbeiten mit dem verletzten Finger nicht im Stande oder in Ausübung solcher Kunstfertigkeiten erheblich behindert sein. Derartige Kunstfertigkeiten, für die sie in dem Betrieb, in dem sie verunglückte, keine Verwerfung hatte, kommen aber für die Erziehung, ob ihre Erwerbsfähigkeit im Allgemeinen herabgemindert ist, nicht in Betracht. Bei der günstigen Lage der Narbe außerhalb der Greiffläche und der vollen Bewegungsfähigkeit des Fingers, dessen Stumpf nicht mehr druckempfindlich ist, kann das Fehlen des Fingerglieds die Klägerin in solchen Arbeiten, die sie früher in der Fabrik verrichtet hat oder in anderer Beschäftigung, die nicht gerade besondere Fingergewandtheit verlangt, nicht erheblich behindern. Gewisse Unbequemlichkeiten, die sie noch jetzt im Gebrauch des Fingers empfinden mag, werden sich voraussichtlich im Laufe der Zeit durch Gewöhnung verlieren und lassen nicht die Annahme einer wirklichen Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit zu, ebenso wenig kann das Fehlen des Fingerglieds als augenfällige Entstellung aufgefaßt werden, welche die Erwerbsfähigkeit der Klägerin nachtheilig beeinflussen könnte.

Literarisches.

Im Verlag von Rich. Klipinski, Leipzig, Neudruckerstr. 11 ist zum Preise von 1 M. eine Broschüre von Manfred Wittich erschienen: „Die Kunst der Rede“. Den Zweck seines Werkes faßt der Autor in der Vorrede kurz dahin zusammen: „Ich will kein gelehrtes System der Rhetorik, kein Schulbuch mit pedantischen Paragrafen und Regeln, sondern eine lesbare, anschauliche und praktische Anweisung geben, wie sich ein Kind des Volkes die geistige Unbefangtheit und formale Fähigkeit zu öffentlichen Reden aneignen kann.“

Von der **Kommunalen Praxis**, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus (Dresden, Verlag Raden & Comp.) ist uns soeben die Nr. 7 des 1. Jahrganges zugegangen.

Der **Arbeitsmarkt**, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. (Herausgeber Dr. J. Jastrow.) Berlin, Verlag von Georg Reimer.

Das **Gewerbegericht**, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Stadtrath Dr. Jastrow, Privatdozent, Charlottenburg-Berlin; Stadtrath Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin).

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau VI. Hamburg, Alstedt, Regierungsbezirk Schleswig, die Regierungsbezirke Stade und Lüneburg, sowie beide Mecklenburg.

Gauvorort Hamburg: Aquilin Borst, Hamburg, Weststraße 18 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsauszahler.

Dessau. Z. W. Frank, Ballstr. 12; von 12-1 und 7-1/2 Uhr. Ml. 17 Ml. Az. 10 St.

H. „Stadt Braunschweig“, Leipzigerstraße. Mannheim. H. „Zum weißen Lamm“, H. 1, Breitestr. Schleiz. Z. Bruno Ebel, Heinrichstadt-Schleiz; von 12-1 und 7-8 Uhr.

Briefkasten.

M. N. in D. In nächster Nummer, für diese Nummer war Feuilleton schon im Satz, hätte bei Zurückführung eventuell an Aktualität verlieren können.

Des **Himmelfahrtfestes** wegen wird die Redaktion für die nächste Nummer schon am Montag geschlossen.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1901 sind vom 1. bis 7. Mai bei der Verbandskasse eingegangen: Von Bielefeld mit 210,74 M., Bremen 96,88 M., Darmstadt 77,07 M., Gienzburg 78,08 M., Freiburg 59,25 M., Götting 86,48 M., Hamburg 500 M., Hanau 65,71 M., Karlsruhe 250 M., Konstanz 50 M., Kassel — M., Alstedt 91,83 M., Mainz 70 M., Mannheim 204,08 M., Neu-Ruppin 47,48 M., Posen 57 M., Schleiz 160 M., Stettin 80,48 M., Gau 8 15,70 M., Gau 8 104,08 M., Gau 13 171,84 M. und vom Gau 17 mit 88 M.

E. Daniels.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

247] **Verwaltungsstelle Magdeburg.** [1,50  
Sonnabend den 11. Mai, Abends 9 Uhr, im „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17

Generalversammlung.

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

**Zahlstelle Stuttgart.**  
Hierdurch den Kollegen die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied  
**Adolf Böpple**  
gestorben ist. [1,20  
Ehre seinem Andenken!  
248] **Der Vorstand.**

**Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin  
**Martha Dreyer**  
am 2. ds. Mts. verstorben ist. [1,20  
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten!  
249] **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Stuttgart.**  
Montag den 13. Mai, Abends 8 Uhr,  
**vierteljährliche**  
**General-Versammlung**  
im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstraße.  
250] **Tagesordnung:** [2,90

1. Kassenbericht.
2. Bericht der Unterstützungsauszahler.
3. Erledigung eventueller Anträge.
4. Interne Angelegenheiten.
5. Verschiedenes und Fragelasten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**16. Mai Himmelfahrtfest 16. Mai**  
**Frühhausflug mit Musik**  
über Niedenberg, Birkach nach Hohenheim.  
Abgang  
präzise 7 Uhr Morgens vom Wilhelmplatz.

**Zahlstelle Berlin.**  
Montag den 27. Mai (2. Pfingstfeiertag)  
**Geselliges Beisammensein**  
von 2 Uhr ab  
in dem schön am Wasser gelegenen Lokal  
„Alte Caverne“ in Stralau.  
Freikonzert. Gemüthliches Kaffeekochen.  
Tanz nur 50 Pf.  
Langbänder sind bei unseren Komitemitgliedern zu haben.  
Ein großer Theil des Gartens ist für unsere werthen Mitglieder und Gäste reservirt. [2,00  
Zahlreiche Theilnahme erwartet  
251] **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Mannheim.**  
Wir geben hiermit bekannt, daß unsere Herberge nach dem neuen [1,20  
**Gewerkschaftshause „Zum weißen Lamm“**,  
H. 1, Breitestraße,  
verlegt ist.  
Dasselbst wird auch die Unterstützung Abends von 8 bis 9 Uhr an die durchreisenden Kollegen ausgehahlt.  
252] **Der Vorstand.**

**Buchbinder-Männerchor Leipzig.**  
Unsere Singstunden finden jeden **Dienstag** Abend punkt 9 Uhr im kleinen Saale der „Drei Mühlen“, Leipzig-A., statt. [1,40  
Vom 15. Mai bis 15. August werden wegen der Sängerfahrt nach Berlin am 10. August d. J. **keine aktiven** Mitglieder aufgenommen. Nichtstimmbegabte Kollegen sind jeder Zeit als passive Mitglieder willkommen.  
**Buchbinder-Männerchor Leipzig.**  
253.] **J. A. Paul Röger**, Vorsitzender.

Unserem lieben Kollegen und Vorstandsmittglied  
**Heinrich Weitz**  
bei seiner Abreise von hier nach Leipzig ein **Herzliches Lebewohl!** [0,70  
254] **Die Zahlstelle Köln.**

Unserem lieben Kollegen 255] [0,80  
**G. Kreuzberger und A. G. Russ**  
zu ihrer Abreise von Karlsruhe nach Hamburg ein  
„**Herzliches Lebewohl!**“  
H. Sittig. G. Hermann. G. Fleddermann.  
H. Kunth. Fr. Benz. Klappenbach. Jüngling.

**Unlieb verspätet!**  
Unserem lieben Kollegen **Gustav Bayer** bei seiner Abreise von Mannheim ein „**Herzliches Lebewohl!**“  
Die Kollegen:  
256] **A. Faulmann. J. Gert. A. Berger. G. Wittgrete.** [0,60

Unserem Bevollmächtigten Kollegen [0,90  
**Andr. Bruns**  
zu seiner am Samstag den 11. Mai stattfindenden  
„**Vermählung**“  
die **Herzlichsten Glückwünsche!**  
257] **Zahlstelle Solingen-Wald.**

**Buchbinder Wilh. Wundenberg**  
aus Seesen a. S. (Buchnummer 26491) wird hiermit aufgefordert, unverzüglich seine Adresse Unterezeichnetem mitzutheilen. Kollegen, denen der Aufenthalt des **Wundenberg** bekannt ist, bitte ich um gefällige Mittheilung.  
**Wilh. Greve,**  
258] [0,90 **Hannover, Hainhöfzerstraße 85 b.**

**Früher qualte ich mich**  
beim Vergolden, jetzt benütze ich nur die von [1,20  
**F. Klement** in Leipzig gefertigten Werkzeuge,  
da bringt mir meine Arbeit Genuß und guten Lohn!

**Paul Hüttich, Gera R.,**  
**Geraer Vergoldeschule,**  
Inhaber Goldener und Silberner Medaillen für 260.] **hervorragende Leistungen.** [2,40  
Unter ständiger Aufsicht gewissenhafter Unterricht im Hand- und Pressergolden, Marmorieren, Leder-schnitt, Goldschnitt und korrekter Bucheinband.  
Prospekt gratis. Eintritt jeder Zeit.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein  
**Weiß- & Bayerisch-Bierlokal**  
nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2,00  
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
Gemüthlicher Aufenthalt. **Telephon Amt 4 a 6591.**  
**Gustav Ladewig,**  
261.] **Berlin, Kommandantenstraße 65.**